Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Bildungsketten JOURNAL

Den Weg in die Ausbildung schaffen

Schwerpunktthema
Individuelle Förderung

Berufsorientierung
Wie eine Schule praxisnah auf den Berufseinstieg vorbereitet

Netzwerkarbeit
SCHULEWIRTSCHAFT bringt Betriebe und Schulen zusammen

4/2016

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Die vierte Ausgabe des Bildungsketten-Journals ist erschienen.

- **Wie gefällt Ihnen das neue Journal?**
- **Was können wir noch besser machen?**
- **Wo liegen wir genau richtig?**
- **Welches Thema wünschen Sie sich für die nächste Ausgabe?**

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Ihre Kritik. Schreiben Sie uns eine E-Mail an info@bildungsketten.de. Oder diskutieren Sie mit uns und anderen Leserinnen und Lesern in der Bildungsketten-Community auf www.qualiboxx.de.

Bildungsketten

Impressum

Herausgeber
Servicestelle Bildungsketten beim
Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) für das
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Robert-Schuman-Platz 3, 53175 Bonn
Tel.: 0228 107-1400, Fax: 0228 107-2887
E-Mail: info@bildungsketten.de
Internet: www.bildungsketten.de

Bestellungen
Tel.: 030 18 272 272 1
Fax: 030 18 10 272 272 1
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmbf.de

Sie möchten das **Bildungsketten-Journal** regelmäßig kostenlos erhalten? Dann schicken Sie bitte eine Mail mit Ihrer Adresse an info@bildungsketten.de

ISSN 2196-1255

Stand
Bonn, September 2016
Ausgabe 4/2016, 4. Jahrgang, Heft 4

Druck
Silber Druck oHG, Niestetal

Gestaltung
PRpetuum GmbH, München

Bildnachweis
Claus Morgenstern, Mannheim (Titel, S. 4, 10–25); qualiboXX, Bundesinstitut für Berufsbildung (S. 2); Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Steffen Kugler (S. 3); iStock – Maartje van Caspel (S. 4 oben links); iStock – diego_cervo (S. 4, 7); fotolia – industrieblick (S. 4, 8); fotolia – mtmmarek (S. 9); Michael Schulte, Servicestelle Bildungsketten (S. 4, 26–27, 31, 36); iStock – Steve Debenport (S. 4, 29); Sebastián Laraia (S. 34 links); Géza Aschoff (S. 35 rechts); fotolia – Kadmy (S. 37); photocase – joto (S. 4, 39)

Redaktion
Jens Peschner, Satiye Sarigöz, Michael Schulte (verantwortlich)

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe (Seitenzahlen in Klammern):

Neues aus der Servicestelle (S. 5): Anne Roth und Satiye Sarigöz, Servicestelle Bildungsketten; Community (S. 6–7): André Grabinski, Servicestelle Bildungsketten; Die Initiative (S. 8–9): Jens Peschner und Satiye Sarigöz, Servicestelle Bildungsketten; Schwerpunktthema Individuelle Förderung (S. 10–25): Gitta Schröder, freie Journalistin; Gute Praxis (S. 26–27): Michael Schulte, Servicestelle Bildungsketten; Lexikon (S. 28–29): André Grabinski, Servicestelle Bildungsketten; Partner-Engagement (S. 30–32): Michael Schulte, Servicestelle Bildungsketten; Literatur (S. 33): Marina Grosse und Christoph Nettekoven, Servicestelle Bildungsketten; Pinnwand (S. 34–35): Michael Schulte, Servicestelle Bildungsketten; Splitter (S. 36–37): André Grabinski, Ruth Heinke, Anne Roth, Michael Schulte, Servicestelle Bildungsketten; Letzte Seite (S. 38–39): Guido Kirst, Berufsorientierungsprogramm (BOP).

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen/Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament. Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

> „Junge Menschen sollen es möglichst schnell von der Schule in eine Berufsausbildung schaffen. Das ist mir ein großes Anliegen.“
>
> **Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka**

Liebe Leserinnen und Leser,

der Ausbildungsmarkt in Deutschland bietet jungen Menschen viele Möglichkeiten. Noch nie waren die Chancen auf einen passenden Ausbildungsplatz so gut wie heute. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) verfolgt mit der Initiative Bildungsketten das Ziel, junge Menschen gezielt auf den Einstieg ins Berufsleben vorzubereiten. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie schon lange hier leben oder als Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Für uns ist entscheidend, dass der Weg von der Schule in eine qualifizierte Ausbildung möglichst schnell gelingt.

Bund und Länder haben in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, den Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern. Unter dem Dach der Initiative Bildungsketten arbeiten wir gemeinsam daran, die Berufsorientierung zu strukturieren und den Übergangsbereich effizienter zu gestalten. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Mehr junge Menschen gehen erfolgreich ihren Weg. Doch es gibt weiterhin viel zu tun. Darum dürfen wir jetzt nicht nachlassen, wenn wir Schülerinnen und Schülern auch in Zukunft gute berufliche Entwicklungschancen bieten möchten; wenn wir junge Flüchtlinge durch Bildung in die Gesellschaft integrieren möchten; wenn wir den Übergang von der Schule in den Beruf weiter stärken wollen.

Das BMBF unterstützt die Länder in ihrem Vorhaben, Förderinstrumente der Berufsorientierung und am Übergang von der Schule in den Beruf stärker aufeinander abzustimmen und effizienter zu gestalten. Dabei stimmen wir uns mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der Bundesagentur für Arbeit (BA) ab. Geplant ist, mit möglichst allen Bundesländern eine entsprechende Vereinbarung zu treffen.

Die vierte Ausgabe des Bildungsketten-Journals gibt einen Überblick, wie Bund und Länder sich um die individuelle Förderung von Jugendlichen kümmern.

In Hessen werden die Strukturen in der Berufsorientierung und am Übergang von der Schule in den Beruf stetig weiterentwickelt. Im Schwerpunktthema erklären Bildungsakteure aus Hessen, wie junge Menschen künftig eine noch stärker auf sie zugeschnittene Förderung erhalten, damit sie den Schulabschluss schaffen, schnell eine Ausbildung finden und diese erfolgreich abschließen.

Ich wünsche eine anregende Lektüre der vorliegenden Ausgabe des Bildungsketten-Journals und freue mich, wenn die dargestellten Beispiele Impulse für Weiterentwicklung der Initiative Bildungsketten geben.

Prof. Dr. Johanna Wanka
Bundesministerin für Bildung und Forschung

Inhalt

5 **Neues aus der Servicestelle**

Mehr Angebote für die Praxis – Begleitung des bildungspolitischen Prozesses

28 **Lexikon**

Mentoring am Übergang Schule – Beruf und in der Ausbildung

6 **Community**

Migration als Herausforderung für die Berufseinstiegsbegleitung?

30 **Partner-Engagement**

SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland – „Es braucht viel Herzblut“

8 **Die Initiative**

Nahtlose Übergänge von Schule in Beruf: die Bund-Länder-BA-Vereinbarungen

33 **Literatur**

Leitfaden: Qualität der betrieblichen Berufsausbildung/Berufsorientierung aus Unternehmersicht

10 **Schwerpunktthema Individuelle Förderung**

Den Weg in die Ausbildung schaffen

34 **Pinnwand**

36 **Splitter**

26 **Gute Praxis**

Berufsorientierung: Oberschule nutzt Freiräume für bessere Übergangsquote

38 **Die letzte Seite**

Ausbaufähig: Berufsorientierung in Gymnasien

Mehr Angebote für die Praxis – Begleitung des bildungspolitischen Prozesses

NEUES AUS DER SERVICESTELLE

Arbeitsschwerpunkte der Servicestelle Bildungsketten im Jahr 2016 sind: Ausbau der Angebote für die Bildungspraxis, Begleitung des bildungspolitischen Prozesses zwischen Bund und Ländern sowie Weiterentwicklung der Förderinstrumente am Übergang Schule – Beruf.

Die Servicestelle Bildungsketten baut auch 2016 ihr Angebot für die Bildungspraxis aus. Die Basisseminare für Berufseinstiegsbegleiterinnen und Berufseinstiegbegleiter werden fortgesetzt und durch Vertiefungsseminare zu den Themen „Arbeiten mit heterogenen Zielgruppen" und „Integration in Ausbildung" ergänzt. Damit reagiert die Servicestelle Bildungsketten auf den Unterstützungsbedarf der Akteurinnen und Akteure. Einen weiteren Schwerpunkt bilden 2016 Veranstaltungen u. a. in Kooperation mit SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland (➡ siehe auch S. 30) zu der Frage, wie Betriebe die Berufsorientierung und Ausbildung von Jugendlichen unterstützen können und welche Unterstützung sie selbst hierbei benötigen.

Welche Rolle spielt der Berufswahlpass künftig im Berufswahlprozess der Jugendlichen? Diese Kernfrage stellt sich die Servicestelle Bildungsketten zusammen mit den Mitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft Berufswahlpass. Gemeinsam mit einem interdisziplinären Team aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wird erarbeitet, wie ein zukunftsfähiges Instrument zur Reflexion und Dokumentation in der Berufsorientierung aussehen kann und welche pädagogischen Ziele dabei im Fokus stehen sollten.

Vereinbarungen zwischen Bund, Bundesagentur für Arbeit und Ländern

Der Bund (Bundesministerium für Bildung und Forschung und Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und die Bundesagentur für Arbeit (BA) streben möglichst mit allen Ländern individuelle Vereinbarungen zur Förderung eines kohärenten Angebots für den Übergang Schule – Beruf an. Mit diesen Vereinbarungen sollen die Instrumente der Initiative Bildungsketten zur Berufsorientierung und am Übergang Schule – Beruf dauerhaft in Landeskonzepte eingebunden werden, um Jugendliche so zielgerichtet wie möglich auf das Berufsleben vorzubereiten (➡ siehe auch S. 8). Die Servicestelle Bildungsketten unterstützt den Verhandlungsprozess zwischen Bund, BA und Ländern. Sie ist Mitglied der Steuerungsgruppen zu den Vereinbarungen, welche die Qualität der vereinbarten Maßnahmen sichern. Die ersten Steuerungsgruppen nehmen ihre Arbeit 2016 auf. Außerdem begleitet die Servicestelle Einzelprojekte aus den Vereinbarungen, wie z. B. die Pilotierung eines sprachneutralen und kultursensiblen Verfahrens zur Kompetenzerfassung für Flüchtlinge in Baden-Württemberg, um die Ergebnisse bundesweit zu transferieren.

Neue Studien zur Initiative Bildungsketten

In einem weiteren Teil der Evaluation der Initiative Bildungsketten wird die nachschulische Phase näher untersucht. Die Studie geht der Frage nach, welchen Einfluss die Förderinstrumente am Übergang Schule – Beruf haben. Konkrete Handlungsempfehlungen an Politik und Bildungspraxis sollen aufzeigen, wie das Zusammenspiel der eingesetzten Instrumente verbessert werden kann. Zuvor wurde bereits in einer Evaluation überprüft, wie die Förderinstrumente der Initiative Bildungsketten in Schulen umgesetzt werden und welche Faktoren eine gute Umsetzung unterstützten (➡ siehe Bildungsketten-Journal 3/2015).

Eltern spielen in der Berufsorientierung eine wichtige Rolle, so die landläufige Meinung. Eine aktuelle Studie prüft, welche Bedingungen und Möglichkeiten bei der Einbindung von Eltern am Übergang Schule – Beruf bestehen. Die Ergebnisse dieser Studie werden 2017

Mehr Infos

- Aktuelle Veranstaltungen
  www.bildungsketten.de/termine
- Arbeitsmaterialien zum Übergang Schule – Beruf
  www.bildungsketten.de/materialsammlung

Migration als Herausforderung für die Berufseinstiegsbegleitung?

COMMUNITY

2015 kamen so viele Zuwanderer/innen nach Deutschland wie noch nie. Knapp über zwei Millionen Menschen hielten sich das erste Mal hier auf. Der Zuzug wirkt sich auch auf das Bildungssystem aus. So wird die Gruppe der Jugendlichen heterogener. Die Servicestelle Bildungsketten hat das Thema in einer Veranstaltung aufgegriffen: Ist Migration eine Herausforderung für die Berufseinstiegsbegleitung?

Die jungen Menschen mit Migrationshintergrund machen einen beachtlichen Teil der von der Berufseinstiegsbegleitung unterstützten Jugendlichen aus. Doch erfordern sie eine andere Begleitung als Jugendliche ohne Migrationshintergrund? Die Diskussion mit Berufseinstiegsbegleitern/innen (BerEb) aus Nordrhein-Westfalen ergab eine eindeutige Antwort: Jeder Jugendliche benötigt eine individuelle Begleitung, die sich an der Persönlichkeit des Einzelnen orientiert und Bedürfnisse berücksichtigt. Ein Migrationshintergrund kann dabei ein Faktor sein, der die Persönlichkeit des Jugendlichen beeinflusst und damit auch eine Rolle für die Begleitung spielt.

Wenn der Migrationshintergrund für die Begleitung eine Rolle spielt, sollten die BerEb darauf vorbereitet sein und über entsprechende Handlungsmöglichkeiten verfügen. Wie können Vorteile, die ein Migrationshintergrund eventuell mitbringt, im Bewerbungsprozess einbezogen werden? Wie kann eine Offenheit im Umgang mit wahrgenommenen kulturellen Unterschieden für eine erfolgreiche Begleitung genutzt werden? Wie gehen BerEb damit um, wenn ein junger Mensch Diskriminierung erfährt? Als Netzwerkmanager im Sinne des Jugendlichen kann die Berufseinstiegsbegleitung auf die unterschiedlichsten Unterstützungsangebote zurückgreifen – von lokalen Migrantenselbsthilfeorganisationen über die Jugendmigrationsdienste bis hin zu den KAUSA Servicestellen.

Deutsch lernen steht an erster Stelle

Der zweite Teil der Veranstaltung widmete sich den Chancen, den der verstärkte Zuzug von jungen Menschen bietet, die bisher nicht mit dem deutschen Bildungs- und Ausbildungssystem vertraut sind. Diese jungen Menschen benötigten schnelle Unterstützung, um ihnen eine vernünftige Bildung und darauf aufbauend vielfältige, ihren Wünschen entsprechende Zukunftschancen zu eröffnen. Durch eine schnelle Integration in Ausbildung und Arbeit können zusätzliche Fachkräfte gewonnen werden, die einer Gesellschaft mit immer weniger jungen Menschen neue Impulse liefern. An erster Stelle steht bei der Integration der Erwerb von Deutschkenntnissen, ohne die eine erfolgreiche persönliche Entwicklung nur schwer möglich ist. Hier sind die Integrationskurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu nennen, die Sprachkenntnisse in Kombination mit der Vorbereitung auf das Leben in Deutschland vermitteln, aber auch das vielfältige ehrenamtliche Engagement von Initiativen und Einzelpersonen in diesem Bereich.

Um die Beratung noch besser auf die Bedürfnisse ihrer Kunden anzupassen, werden z. B. in den Arbeitsagenturen in Nordrhein-Westfalen „Integration Points“ eingerichtet. Dort finden Zuwanderer/innen alle Ansprechpartner/innen und Dienstleistungen unter einem Dach. Neben der Schaffung zusätzlicher Angebote spielt auch die Koordination bestehender Angebote eine entscheidende Rolle. Hierzu gibt es in Nordrhein-Westfalen die Kommunalen Integrationszentren. Über die Steuerung und Abstimmung der bestehenden Angebote vor Ort bilden sie ein zentrales Element bei der Integration von Zuwanderern/innen auf kommunaler Ebene. In der Bildungsketten-Werkstatt erklärte Peter Enzenberger den Teilnehmenden, wie das Kommunale Integrationszentrum des Rhein-Sieg-Kreises funktioniert. Gleichzeitig rückte Enzenberger den Menschen in den Blickpunkt. Dieser befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen eigenen Erwartungen und den Erwartungen, die in seinem Aufnahmeland sowie seinem Herkunftsland an ihn gestellt werden.

Dieses Spannungsfeld ist wesentlich für die Gestaltung der Berufseinstiegsbegleitung. Viel Erfahrung gibt es dazu noch nicht. Auch ist zu prüfen, ob eine Berufseinstiegsbegleitung das beste Angebot für einen jungen Flüchtling ist. Bringt er/sie die Voraussetzungen mit, die Schule erfolgreich zu beenden und den Übergang in Ausbildung zu schaffen? Falls nicht, sollten andere Angebote in Betracht gezogen werden.

Deutsch lernen ist für Flüchtlinge der erste Schritt zur Integration in die Gesellschaft. Die Berufseinstiegsbegleitung kann helfen, junge Flüchtlinge in Ausbildung zu bringen.

Förderinstrumente des Bundes für Flüchtlinge

Für die Integration von Flüchtlingen ist Bildung der Schlüssel zum Erfolg. Der Bund und die Bundesagentur für Arbeit (BA) unterstützen Flüchtlinge unter anderem mit folgenden Förderinstrumenten:

Maßnahmen nach dem Sozialgesetzbuch – SGB III

Das Sozialgesetzbuch III regelt die Arbeitsförderung: Angebote wie Berufsberatung und Berufsorientierung stehen allen jungen Menschen zur Verfügung, somit auch jungen Flüchtlingen. Einige SGB-III-Maßnahmen wurden speziell für Flüchtlinge weiterentwickelt, zum Beispiel Perspektiven für junge Flüchtlinge (PerjuF).

Perspektiven für junge Flüchtlinge – PerjuF

PerjuF ist ein Angebot der BA, das sich insbesondere an junge Flüchtlinge unter 25 Jahren richtet. Ziel ist es, den Flüchtlingen das deutsche Ausbildungs- und Beschäftigungssystem zu erklären und einen Ausbildungsplatz zu vermitteln. Bis zu sechs Monate können sich die Teilnehmenden mit praktischen Tätigkeiten auf eine Ausbildung vorbereiten. Im letzten Schritt stellen sie ihre Fähigkeiten in einem Betrieb unter Beweis. Dabei erweitern sie auch berufsbezogene Sprachkenntnisse.

Mehr Infos

- Perspektiven für Flüchtlinge (PerF)
  http://bit.ly/1Sqzmv5
- Perspektiven für junge Flüchtlinge (PerjuF)
  http://bit.ly/26h1urK
- Berufsorientierung für Flüchtlinge
  http://berufsorientierungsprogramm.de/html/de/berufsorientierung-fuer-fluechtlinge.php/
- KAUSA Servicestellen
  www.kausa-servicestellen.de
- Willkommenslotsen
  https://www.zdh.de/themen/gewerbefoerderung/willkommenslotsen.html
- Jugendmigrationsdienste
  www.jmd-portal.de
- Kommunale Koordinationszentren
  www.kommunale-integrationszentren-nrw.de

Berufsorientierung für Flüchtlinge – BOF

Mit der Berufsorientierung für Flüchtlinge des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erhalten junge Flüchtlinge vertiefte Einblicke in Ausbildungsberufe des Handwerks. Die Berufsorientierung dauert 13 Wochen und umfasst eine fachsprachliche Qualifizierung. Ein Projektbegleiter betreut die Teilnehmenden kontinuierlich. Bis zu 10.000 junge Flüchtlinge sollen so eine Chance auf eine Ausbildung im Handwerk erhalten.

KAUSA Servicestellen

Die KAUSA Servicestellen informieren und beraten junge Flüchtlinge über die berufliche Ausbildung. Eine Servicestelle verfügt über Kontakte zu den Institutionen der Berufsbildung, Schulen und Migrantenorganisationen sowie zu Ausbildungsbetrieben. Zudem kann sie dabei helfen, individuelle Angebote für Jugendliche zu erschließen. Ab Mitte 2016 werden bundesweit insgesamt 28 KAUSA Servicestellen zur Verfügung stehen, gefördert vom BMBF.

Willkommenslotsen

Die Willkommenslotsen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) unterstützen kleine und mittelständische Unternehmen vor Ort bei der Integration von Flüchtlingen in die Betriebe. Darüber hinaus geben sie Hilfestellung bei der Etablierung und Weiterentwicklung der Willkommenskultur im Unternehmen. Angesiedelt sind die speziell ausgebildeten Willkommenslotsen zum Beispiel bei den Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern.

Nahtlose Übergänge von Schule in Beruf: die Bund-Länder-BA-Vereinbarungen

DIE INITIATIVE

Alle Jugendlichen sollen möglichst ohne Umwege den Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder ein Studium schaffen. Es gibt viele Angebote und Programme, die hier greifen. Wie sind diese Maßnahmen aufeinander abgestimmt? Wie profitieren einzelne Zielgruppen davon? Wer steuert diese Maßnahmen und wer sorgt dafür, dass sich die Aktivitäten nicht doppeln?

Bund, Länder und die Bundesagentur für Arbeit haben sich zur Aufgabe gemacht, diese Fragen zu beantworten. Sie wollen das breite Engagement und die Unterstützungsleistungen für junge Menschen ausbauen und gleichwohl dafür sorgen, dass verbindliche und enge Absprachen die Gesamtstruktur am Übergang Schule – Beruf und in der Berufsorientierung verbessern. Landesspezifische Vereinbarungen regeln im Rahmen der Initiative Bildungsketten die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure und schaffen übersichtliche Strukturen.

Die unterschiedlichen Angebote des Bundes, vertreten durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), der Bundesagentur für Arbeit (BA), und der Länder greifen in den Vereinbarungen ineinander und schließen durch zusätzliche Aktivitäten Lücken, z. B. durch gezielte Angebote für Studienzweifler oder die flächendeckende Einführung von Potenzialanalysen. Die Unterstützungsangebote sollen Schulen und ihre Lehrkräfte darin stärken, die Berufs- und Studienorientierung und die Übergangsbegleitung so individuell wie möglich mit den jungen Menschen umzusetzen.

Die Strukturen vor Ort bilden den Ausgangspunkt für die Bund-Länder-BA-Vereinbarungen und bauen auf diesen auf. Deshalb werden die Vereinbarungen für jedes Bundesland individuell ausgehandelt. Ein Weg, der Bund, BA und dem jeweiligen Land gleichermaßen viel Kraft abverlangt, der sich aber am Ende der zahlreichen Gespräche lohnt: Denn die Vereinbarungen zeichnen sich dadurch aus, dass die Partner ihre jeweiligen Förderinstrumente verzahnen und eng miteinander abstimmen.

Bundesbildungsministerin Wanka lud im Sommer 2014 ihre Länderkolleginnen und Länderkollegen zu Gesprächen ein, um Vereinbarungen abzuschließen. Die Resonanz der Länder war durchweg positiv, so dass bis Ende 2015 die Verhandlungen mit allen Ländern starteten und die ersten Vereinbarungen mit Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen geschlossen wurden. Das Ziel bis Ende 2016 lautet: Vereinbarungen mit möglichst allen 16 Bundesländern.

Ohne Umweg in die Ausbildung – darauf zielen die Bund-Länder-BA-Vereinbarungen.

Folgende Handlungsfelder kennzeichnen die Bund-Länder-BA-Vereinbarungen:

Berufs- und Studienorientierung

Die schulische Phase der Berufsorientierung ist durch frühzeitige Kompetenzorientierung bzw. Potenzialanalysen und praktische Einblicke ins Berufsleben durch Praktika oder Werkstatttage geprägt. In den Vereinbarungen wird diese Phase mit dem Übergang in berufliche Ausbildung oder Studium verzahnt. Dabei werden die einzelnen Maßnahmen auf die Bedürfnisse einer zunehmend heterogenen Schülerschaft ausgerichtet und inklusiv gestaltet. Die Berufs- und Studienorientierung ist vielfach modular gestaltet – die Schulen suchen sich aus einem „Baukasten" Module aus, die für ihre Schülerschaft und zu ihrem Berufsorientierungskonzept am besten passt.

So erkunden in Hessen künftig neben den Schülerinnen und Schülern der Bildungsgänge Haupt- und Realschule durch die Unterstützung des Bundes auch die Schülerinnen und Schüler mit Förderschwerpunkt Lernen frühzeitig ihre Kompetenzen. Auch für die Gymnasiasten gehört in Hessen zukünftig die Berufs- und Studienorientierung zum schulischen Alltag, begleitet vom Berufswahlpass.

In Hamburg werden mit der Vereinbarung u. a. die flächendeckende Einführung der sogenannten Hamburger prozessorientierten Potenzialanalyse unterstützt und die Werkstatttage aus dem Berufsorientierungsprogramm des BMBF auf die regionalen Bedürfnisse angepasst. Langfristig sollen beide Maßnahmen in die Verantwortung Hamburgs übergehen.

In Rheinland-Pfalz fördert der Bund die Implementierung und Weiterentwicklung einer Verfahrensplattform zur flächendeckenden Einführung von Potenzialanalysen. Außerdem unterstützt der Bund den Aufbau von Beratungsstrukturen in Hamburg und Hessen für Studierende, die am Studium zweifeln. Diese sollen frühzeitig über Alternativen in der Berufsausbildung informiert werden.

Berufsausbildung

Ein zentrales Handlungsfeld in den Vereinbarungen ist die individuelle Begleitung am Übergang Schule – Beruf. Durch die Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung durch den Bund mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) werden in allen Bundesländern an rund 3.000 Schulen Berufseinstiegsbegleiterinnen und Berufseinstiegsbegleiter eingesetzt, die Jugendliche mit Unterstützungsbedarf von der Schule bis ins erste Halbjahr der Ausbildung begleiten. Eine Begleitung im Übergangsbereich kann bis zu 24 Monate lang andauern. Weitere Handlungsfelder sind die dualisierte Berufsvorbereitung, d. h. in Schule und Betrieb, und die Förderung der Berufsausbildung, beispielsweise durch Assistierte Ausbildung oder ausbildungsbegleitende Hilfen.

Regionale Strukturen

Die Vereinbarungen zeigen auf, wer vor Ort für die Koordination der Maßnahmen zuständig ist. In Hamburg sind z. B. die Jugendberufsagenturen die zentrale Anlaufstelle für Jugendliche. Hier werden alle Unterstützungsangebote am Übergang Schule – Beruf gebündelt. In Hessen sorgen die sogenannten OloV-Steuerungskreise für ein koordiniertes Vorgehen (➡ siehe Schwerpunktthema S. 10). Der Bund fördert in Hessen eine Koordinierungsstelle für die Berufsorientierung.

Neben diesen Aspekten werden auch zielgruppenspezifische Maßnahmen und Instrumente vereinbart. So wird beispielsweise in Baden-Württemberg bereits im Vorgriff auf eine künftige Vereinbarung eine sprachneutrale und kulturfaire Potenzialanalyse für Flüchtlinge erprobt mit der Perspektive, dass andere Länder das Verfahren nutzen können.

Mehr Infos

- Aktueller Stand der Bund-Länder-BA-Vereinbarungen
  www.bildungsketten.de/strukturen-schaffen
- Konzept und Ziele der Initiative Bildungsketten
  www.bildungsketten.de/die-initiative

Den Weg in die Ausbildung schaffen

SCHWERPUNKTTHEMA
INDIVIDUELLE FÖRDERUNG

Es ist ein Meilenstein: Die Ende 2015 getroffene Vereinbarung zwischen Bund, Land Hessen und Bundesagentur für Arbeit wird dazu beitragen, die Förderinstrumente der Initiative Bildungsketten noch enger miteinander zu verzahnen und landesweit auszuweiten. Seither wurde die hessische Strategie zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit am Übergang Schule – Beruf (kurz: OloV) deutlich aufgewertet. Warum die Arbeit von OloV nun noch schlagkräftiger ist und wie sie Jugendlichen und Betrieben nützt, sollen die Beispiele zweier OloV-Steuerungsgruppen in den Landkreisen Darmstadt-Dieburg und Limburg-Weilburg zeigen.

Wie beeinflusst die Bildungsketten-Vereinbarung den praktischen Alltag der Steuerungsgruppen? Darüber berichten im Schwerpunktthema vier Bildungsakteure/innen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und drei aus dem Landkreis Limburg-Weilburg sowie Monika von Brasch vom Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS), das die Leitung der hessenweiten OloV-Koordination innehat.

Die Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit am Übergang Schule – Beruf wurde 2005 als ein Projekt des Hessischen Paktes für Ausbildung ins Leben gerufen. Seit 2013 hat der Hessische Landesausschuss für Berufsbildung die Steuerung der OloV-Strategie auf Landesebene übernommen und dessen Geschäftsstelle beim Hessischen Wirtschaftsministerium angesiedelt. Monika Wenzel, Referatsleiterin Berufliche Bildung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, erläutert die politische Sicht auf die neue Vereinbarung im Interview (➡ siehe Interview S. 22).

Jugendliche ohne unnötige Umwege und Warteschleifen in die Ausbildung und ohne vorzeitige Abbrüche bis zum Abschluss zu bringen – dieses Ziel verfolgt Hessen seit langem. Einen zusätzlichen Impuls soll nun die Bildungsketten-Vereinbarung bringen, die Hessen als eines der ersten Bundesländer mit dem Bund getroffen hat und die bis zum 31. Dezember 2020 gilt. Unterschrieben haben die Vereinbarung zur Durchführung der Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), die Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit sowie das hessische Kultus- und Wirtschaftsministerium.

Das Anliegen in der Initiative Bildungsketten, die Potenziale junger Menschen früh zu erkennen und deren individuelle Förderung bei der Berufsorientierung und am Übergang Schule – Beruf sicherzustellen, wird damit noch nachhaltiger verfolgt (➡ siehe auch S. 8). Dazu dienen auch die Förderinstrumente der Initiative Bildungsketten, die hier kurz umrissen werden und in der Vereinbarung verankert sind.

Stefan Laßmann, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg, im Gespräch mit einem Schreiner-Auszubildenden.

Landkreis Darmstadt-Dieburg

- 286.545 Einwohner in 23 Gemeinden; wirtschaftlich starker Hightech-Standort mit zentraler Lage in der Metropolregion Frankfurt Rhein-Main-Neckar.

Mitglieder der OloV-Steuerungsgruppe:

1 Einladende zu OloV-Treffen: Sozial- und Jugenddezernentin **Rosemarie Lück**
2 OloV-Koordination: Fachgebietsleitung Kinder- und Jugendförderung, **Simone Weiser**
3 Landkreis Fachstelle Jugendberufswegebegleitung
4 Handwerkskammer
5 Industrie- und Handelskammer
6 Kreisagentur für Beschäftigung / Kommunales Jobcenter
7 Agentur für Arbeit, **Susanne Berneit** (Teamleiterin U25 Berufsberatung)
8 Staatliches Schulamt
9 Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule (QuABB), **Ernst Fluche**
10 Kreiselternbeirat
11 Kreisschülerrat
12 Berufsschule (stellvertretender Leiter)
13 Interkulturelles Büro
14 Deutscher Gewerkschaftsbund

Landkreis Limburg-Weilburg

- 170.385 Einwohner in 19 Gemeinden; überwiegend von mittelständischen und handwerklichen Betrieben geprägte Region mit wenig Industrie.

Mitglieder der OloV-Steuerungsgruppe:

1 OloV-Koordination: Kreishandwerkerschaft, Geschäftsführer **Stefan Laßmann**
2 Industrie- und Handelskammer Limburg
3 Agentur für Arbeit
4 Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung (GAB)
5 Kreisverwaltung
6 Staatliches Schulamt
7 Taunusschule, Schulleiter der Haupt- und Realschule: **Steffen Laßmann**
8 Elternsprecher
9 Bürgermeister von Limburg an der Lahn: **Dr. Marius Hahn**

Landkreis Darmstadt-Dieburg

Von Info-Plakaten bis Afterwork-Elternabende – die Steuerungsgruppe schiebt viel an

„Aus der gemeinsamen Analyse heraus entwickeln wir mit der Steuerungsgruppe Maßnahmen, um Lücken im Bereich Bildung zu schließen." Im Landkreis Darmstadt-Dieburg lädt deshalb die Sozial- und Jugenddezernentin Rosemarie Lück zu den jährlich rund vier Sitzungen der OloV-Steuerungsgruppe als Vorsitzende ein. „Wir wollen damit verdeutlichen, dass OloV von der politischen Spitze hier im Landkreis unterstützt wird und dass wir ein großes Interesse an dem Netzwerk haben", unterstreicht die SPD-Politikerin.

Simone Weiser, Fachgebietsleiterin der Kinder- und Jugendförderung des Landkreises, ist Koordinatorin der Steuerungsgruppe und sagt über deren Zusammensetzung: „Wir haben uns bewusst dazu entschieden, keine Bildungsträger mit einzubinden, um unsere Neutralität zu wahren." Mit 14 Teilnehmenden sei die Darmstädter OloV-Steuerungsgruppe ohnehin so groß, dass für inhaltliche Diskussionen Untergruppen gebildet werden müssten – zum Beispiel zur Planung der Fachtage, die schon zu den Themen Ausbildungsreife und Elternarbeit veranstaltet wurden.

Elternarbeit ist sehr wichtig, das ergab auch die Befragung des Landkreises unter Jugendlichen. Auf die Frage, wer ihre Berufswahl maßgeblich beeinflusst, kam am häufigsten die Antwort ‚Meine Eltern', erzählt Rosemarie Lück. Deswegen habe der Kreis viele Projekte dazu angeschoben und der Kreiselternbeirat wurde zum festen Mitglied der OloV-Steuerungsgruppe. Auch Eltern- Kind-Tandem-Erkundungen des Berufsinformationszentrums (BiZ) sowie jährliche Eltern-Afterwork-Veranstaltungen in der Arbeitsagentur mit allen OloV-Partnern wurden von der Steuerungsgruppe entwickelt.

„Gute Werbung erhoffen wir uns auch von den Infozetteln mit Kontaktdaten aller regionalen Ansprechpartner im Bereich Schule – Beruf, die demnächst den Berufswahlpässen beiliegen", sagt Simone Weiser. „Das Plakat wird schon seit einigen Jahren jährlich aktualisiert und an die Schulen verschickt, damit es in den Ordner mit eingeheftet werden kann."

„Als Koordinatorin der Steuerungsgruppe sammle ich die vorgeschlagenen Themen im Vorfeld und gebe auf Wunsch auch Input für unsere OloV-Sitzungen oder organisiere Referenten", so Simone Weiser.

„OloV wird von der politischen Spitze hier im Landkreis unterstützt. Wir haben ein großes Interesse an dem Netzwerk“, sagt Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück.

„Netzwerken heißt zwar manchmal Mehrarbeit, oft entstehen aber Synergien“

Im April war die Agentur für Arbeit gemeinsam mit allen OloV-Akteuren in den regionalen Ausbildungsinfotag eingebunden. Erstmalig gab es hier auch ein gemeinsames Berufsorientierungszentrum, in dem die Mitglieder im OloV-Prozess den Schülerinnen und Schülern ihre Angebote präsentieren konnten.

„Wir haben eine sehr gute, stabile OloV-Steuerungsstruktur, die nie weniger wurde“, lobt Susanne Berneit von der Agentur für Arbeit. „So kommen wir uns bei gewissen Themen auch nicht in die Quere.“ Die Agentur für Arbeit deckt zum Beispiel die Schwerpunkte Berufsberatung, Elternarbeit und den Berufspsychologischen Dienst ab. „Netzwerkarbeit heißt zwar manchmal, ein bisschen zurückzustecken oder Mehrarbeit auf sich zu nehmen, aber auf der anderen Seite entstehen Synergien und fallen Parallelstrukturen weg“, so Berneit.

„Unser Selbstverständnis ist es, wie die Spinne im Netz den Überblick zu behalten“

Die Bedeutung der OloV-Steuerungsgruppe beschreibt Berneit so: „Unser Selbstverständnis ist es, wie die Spinne im Netz den Überblick zu behalten. Deshalb sollte jeder Träger, der etwas zur Berufsorientierung plant, OloV vorher ein Signal geben, damit wir koordinieren und Transparenz über alle Aktivitäten schaffen können.“ Nur so könne man Doppelstrukturen vermeiden und abschaffen. Auch Simone Weiser sieht die Gruppe als mittlerweile gut organisiertes Netzwerk.

Mehr Infos

- Bildungsketten-Vereinbarung mit Hessen
  http://bit.ly/1ro27QF
- Ansprechpartner und Praxisbeispiele Landkreis Darmstadt-Dieburg
  http://bit.ly/1SUbgpC

„Während unserer Sitzungen hatten wir zum Beispiel die Idee, Schüler gemeinsam mit ihren Eltern einzuladen, um das BIZ als Tandem zu erkunden“, erzählt Susanne Berneit von der Agentur für Arbeit über die Bemühungen von OloV, Eltern noch stärker einzubinden.

„Wir arbeiten offen und kooperativ zusammen und ich verstehe uns als Informations- und Abstimmungsgremium.“ So hat die Gruppe des Landkreises Darmstadt-Dieburg bereits zahlreiche Broschüren für Jugendliche, Betriebe und Eltern herausgebracht, um die Fördermöglichkeiten noch anschaulicher darzustellen. Seit der Bildungsketten-Vereinbarung hat die OloV-Steuerungsgruppe noch zusätzliche Bedeutung erhalten. „Wir sind heute die Fachleute für den Übergang Schule – Beruf und das Gremium, das von der Politik gefragt wird, wenn es gilt, Fördermaßnahmen zu bewilligen“, sagt Koordinatorin Simone Weiser.

Besonders ist: Stadt und Kreis entwickeln eine gemeinsame regionale Strategie

Eine weitere Aufwertung für OloV wird die Erarbeitung der regionalen Strategien bringen, die Landkreis Darmstadt-Dieburg und Stadt Darmstadt erstmals gemeinsam formuliert haben. Im zweiten Schritt sollen die Führungskräfte und politischen Spitzen die langfristigen Strategien unterschreiben. „So ist die Arbeit der OloV-Steuerungsgruppe gefühlt eine Stufe höher gestiegen“, sagt Susanne Berneit. Doch in Hessen tut sich seit der neuen Bildungsketten-Vereinbarung noch mehr. Künftig gibt es flächendeckend die Qualifizierten Ausbildungsbegleiter und -begleiterinnen (kurz: QuABB) und QuABB wird mit der hessenweiten OloV-Strategie systematisch verknüpft. Im Landkreis Darmstadt-Dieburg ist ein QuABB-Mitarbeiter schon Mitglied des OloV-Steuerungskreises.

QuABB-Mitarbeiter Ernst Fluche, der für das Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft tätig ist, unterstreicht den Nutzen für Auszubildende: „Wir haben unser Büro an den Berufsschulen und gehen dort durch die Klassen, um unser Programm zur Abwendung von Ausbildungsabbrüchen vorzustellen.“ Die Auszubildenden entscheiden dann, ob die QuABB-Leute zu ihnen in den Betrieb kommen und mit den Vorgesetzten spre-

Ernst Fluche von QuABB hat zudem die Unternehmen im Blick, um bessere Ausbildungsbedingungen für Jugendliche zu schaffen.

chen oder ob sie lieber Hilfe zur Selbsthilfe möchten. Zum Beispiel einen Schnellkurs in Gesprächsführung für die nächste Verhandlung mit den Vorgesetzten. Insofern stellt das QuABB-Angebot für den Auszubildenden keine so große Hürde dar wie etwa der Gang zur Kammer, die eingreifen muss, wenn ein Auszubildender Probleme im Betrieb hat oder sich ein Chef über seinen Azubi beklagt.

Dank QuABB profitieren beide: Jugendliche wie auch Betriebe

Werbung macht Fluche auch in den Betrieben: „Wir gehen gezielt auf Ausbilder zu, um die Vorteile von QuABB zu unterstreichen." Betriebe können so zum Beispiel ihre Ausbildungsorganisation überprüfen und entsprechen damit besser den Kriterien des Qualitätsmanagements. Außerdem erhalten die Ausbilder/innen gute Strukturen an die Hand. Als Beispiel nennt Fluche das Projekt ‚Graswurzel QES', das von der Münchner Gesellschaft für Ausbildungsforschung und Berufsentwicklung entwickelt wurde: „Da legen die Azubis ihre eigenen Leitlinien und Ziele der Ausbildung fest und überprüfen selbst immer wieder, ob sie auf dem Weg dorthin sind." Das fördere die Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Kreativität der Azubis, während die Ausbilder das Ganze moderieren und nachsteuern, damit auch der gesamte Jahrgang sein Ziel erreicht.

Förderinstrumente

In der Bildungsketten-Vereinbarung mit Hessen werden alle Förderinstrumente der Berufsorientierung und am Übergang Schule – Beruf vorgestellt. Was sie für das Land bedeuten, kommentieren die Ausbildungsakteure/innen aus den Landkreisen Limburg-Weilburg und Darmstadt-Dieburg.

QuABB (Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule)

„QuABB ist seit der Vereinbarung als Programm hessenweit verstetigt. Der Vorteil ist, dass die Jugendlichen nicht von der Schule zugewiesen werden, sondern dass die Auszubildenden und Betriebe freiwillig kommen und bestimmen, wie unsere Hilfe aussehen soll."

Ernst Fluche, QuABB

„OloV bringt die Akteure zusammen, die den Übergang von Schule in den Beruf maßgeblich gestalten."

Monika von Brasch, INBAS GmbH

Monika von Brasch vom Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) hat die Leitung der hessenweiten OloV-Koordination inne.

QuABB-Mitarbeiter Fluche, der zudem für die GENIE-fabrik GmbH Darmstadt als Berufseinstiegsbegleiter (BerEb) tätig ist, unterstreicht den praktischen Nutzen dieser Personalunion. „So halten QuABB und BerEb engen Kontakt." Durch seine langjährigen Erfahrungen ist Fluche zum Schluss gekommen, „dass die Abbrecherquote unter Auszubildenden deshalb so hoch ist, weil die Ausbildung in vielen Betrieben nur nebenher läuft und dort große Defizite herrschen."

„Die schönste und größte Herausforderung ist, die Unternehmen mit ins Boot zu holen"

Für Ernst Fluche ist die größte und schönste Herausforderung für QuABB daher, die Betriebe allmählich mit ins Boot zu holen: „Wir brauchen Ausbilder, die es draufhaben, kompetente Lernprozessbegleiter und Führungskräfte zu sein." Fluche arbeitet deshalb an dem Ziel, künftig beim Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft eine zweieinhalbjährige Fortbildung zum geprüften Berufspädagogen für betriebliche Ausbilder anzubieten.

Rosemarie Lück sieht die Herausforderung für OloV in der Zukunft in der Zielgruppe der Migranten/innen. „Denn für sie hat Schule immer noch einen höheren Stellenwert als Ausbildung. Hier müssen wir für das duale System werben." Susanne Berneit von der Arbeitsagentur bemüht sich um die Klientel der Flüchtlinge: „Wir setzen da sehr niedrigschwellig in den Integration-und-Abschluss-Klassen an, um zu informieren. Denn viele der Asylsuchenden möchten sofort arbeiten und Geld verdienen, um ihre Familien nachzuholen. Eine dreijährige duale Ausbildung erscheint ihnen nicht so verlockend." Als Förderinstrumente würden sich für die Flüchtlinge laut Berneit Einstiegsqualifizierung, Assistierte Ausbildung und QuABB gut eignen.

Dass sich dank OloV etwas bewegt hat, merkt Monika von Brasch – verantwortlich für die hessenweite OloV-Koordination und Ausbilderin bei INBAS – daran, dass Jugendliche heute besser wissen, was sie in der Berufsorientierung unternommen haben. „Das führe ich auf die Arbeit an den Schulen zurück und letztlich auf OloV."

Berufswahlpass künftig auch an Gymnasien

Neu in Hessen ist, dass künftig neben allen Haupt- und Realschülern/innen ab Klasse 7 auch alle Gymnasiasten und Gymnasiastinnen ab Klasse 8 den Berufswahlpass kostenlos vom Land bekommen.

Die Koordinierungsstelle KoBO sorgt für eine gerechte Verteilung des BOP

Die Einführung der neuen Koordinierungsstelle KoBO Hessen, die bei der INBAS GmbH angesiedelt ist, soll die regionalen OloV-Akteure/innen zudem dabei unterstützen, das Berufsorientierungsprogramm (BOP) gerechter zu verteilen. „Die KoBO, die bis 2018 bewilligt ist, hat zum Ziel, dass alle Schüler in den 8. Klassen eine praxisbezogene Berufsorientierungsmaßnahme erhalten“, so von Brasch. Am Ende der Laufzeit sollten dann etwa 40 Prozent aller Schüler an BOP teilnehmen. Nur 40 Prozent deshalb, weil die Mittelstufenschulen und die allgemeinbildenden Schulen mit sogenannten PuSch-A-Klassen (Praxis und Schule) aus den BOP-Verteilungen herausgenommen wurden, denn sie sind bereits sehr praxisbezogen. BOP wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Bildungsträger brauchen nun die Empfehlung von OloV

Wegen der engen Zusammenarbeit zwischen OloV und KoBO gibt es in der Steuerungsgruppe künftig mehr Transparenz darüber, welche Träger wie viele BOP-Plätze an welchen Schulen anbieten. „Denn heute brauchen die Bildungsträger von OloV einen ‚Letter of Intent’ – eine Art Empfehlungsschreiben“, so von Brasch. Sie sieht aber auch die Herausforderungen, vor denen die OloV-Steuerungsgruppen stehen: „Jeder in der Steuerungsgruppe hat seine Anweisungen, gesetzlichen Vorgaben und eigenen Anliegen, die man alle unter einen Hut kriegen muss. Da leisten die regionalen OloV-Koordinatoren eine tolle Arbeit!“ Ebenso müssten die OloV-Mitglieder in ihrem Fulltime-Job zusätzlichen Arbeitsaufwand betreiben, um die Aufgaben kontinuierlich und verbindlich zu bewältigen. „Da muss der Koordinator ständig am Ball bleiben.“

Mehr Infos

- Graswurzel QES – Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung
  http://bit.ly/20ZVhg6

BerEb (Berufseinstiegsbegleitung)

„Berufseinstiegsbegleiter kümmern sich stark um einzelne Schüler – zum Beispiel beim Bewerbung schreiben oder dabei, Kontakt mit Betrieben aufzunehmen. Das ist eine Maßnahme, die den Jugendlichen sehr hilft und große Früchte trägt.“

Steffen Laßmann, Schulzweigleiter

„Bei der Berufseinstiegsbegleitung können wir 470 Plätze in unserem Agenturbezirk anbieten. Toll wäre es, wenn irgendwann auch schwache Realschüler in den Genuss dieser Förderung kommen würden. Zum Glück wird BerEb – also die Eingliederung junger Menschen in eine Berufsausbildung – durch Gelder des Europäischen Sozialfonds gefördert. Das bringt zwar ein bisschen Papierkram mit sich, lohnt sich aber sehr.“

Susanne Berneit, Agentur für Arbeit

Landkreis Limburg-Weilburg

Praktika / EQ (Einstiegsqualifizierung)

„Seit dem Erlass werden im Haupt- und Realschulbereich je zwei zweiwöchige Praktika durchgeführt – eines in der Klasse 8 und eines in der Klasse 9."

Steffen Laßmann, Schulzweigleiter

„EQ läuft sehr gut bei uns. Wir haben danach 70 bis 75 Prozent Übertritte in Ausbildung."

Susanne Berneit, Agentur für Arbeit

„Bei den Schülerpraktika wünschte ich mir von Schulseite her, dass es mit den Betrieben verbindlichere Vereinbarungen zum Inhalt gibt."

Ernst Fluche, QuABB

„Dank OloV haben wir keinen großen Verwaltungsakt, sondern schnelle Lösungen"

Die regionale Wirtschaft in Limburg ist laut Geschäftsführer Stefan Laßmann von der Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg, von der auch die Handwerksinnungen und das Ausbildungszentrum der Bauberufe betreut werden, von einem starken Handwerk geprägt. Deshalb sei es gut, dass die Koordination der OloV-Steuerungsgruppe in der Hand der Kreishandwerkerschaft liege, „weil wir die Sachen ein Stück weit praxisgerechter umsetzen", meint Laßmann. Zum Glück sei der Landkreis überschaubar – „so können wir flexibler und effizienter handeln".

Der nahtlose Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung ist eines der klar formulierten Ziele der Gruppe. „Eine gesicherte Berufswahlentscheidung kann aber nur auf Basis einer klaren, systematischen Orientierung getroffen werden", findet Laßmann. Deshalb überlegt die Steuerungsgruppe, wie sie den Orientierungsprozess noch verbessern kann. Dabei spielen auch neue Zahlen und Entwicklungen eine Rolle. „Bei uns in Limburg gibt es beispielweise eine große Nachfrage im Hotel- und Gaststättenbereich. Da fragen wir uns natürlich, warum so wenig junge Leute in den Hotel- und Gaststättenbereich gehen", erzählt Steffen Laßmann, Schulzweigleiter der Taunus-Hauptschule in Bad Camberg und ebenfalls Mitglied der OloV-Steuerungsgruppe.

„Bei der Do-it!-Messe haben wir die drei OloV-Ziele ideal miteinander verknüpft"

Im März 2016 initiierten die Akteure/innen der Limburger Steuerungsgruppe die einwöchige Bildungsmesse ‚Do it!'. „Damit haben wir unsere drei OloV-Ziele optimal miteinander verknüpft: Berufsorientierung, Vermittlung in Praktika oder Ausbildung sowie Matching und Information zum Beruf", freut sich der Koordinator der Gruppe. 1.500 Schüler/innen der Haupt- und Realschulen strömten zur Messe und konnten dort je vier Kurzpraktika von einer Dreiviertelstunde absolvieren. Zusätzlich waren nachmittags Gymnasiasten, Berufsschulklassen sowie die Integration-und-Abschluss- Klassen (InteA) für Flüchtlingskinder eingeladen, um sich über 55 verschiedene Berufe zu informieren. Eine enorme Leistung der OloV-Gruppe, die alle Mitglieder forderte. Ansonsten

„Um unsere Projekte und Ziele umzusetzen, müssen wir die politischen Gremien integrieren", so Steffen Laßmann, Schulzweigleiter der Taunus-Hauptschule in Bad Camberg.

tauschen sich die Bildungsakteure/innen bei ihren rund fünf jährlichen OloV-Treffen, die abwechselnd in den verschiedenen Institutionen stattfinden, darüber aus, wie sie Parallelstrukturen vermeiden können.

„Es gibt keinen Wildwuchs der Förderinstrumente mehr"

„Mittlerweile haben wir keinen Wildwuchs der Förderinstrumente mehr", sagt Schulzweigleiter Laßmann zufrieden, der auch an den Konferenzen der OloV-Schulkoordinatoren teilnimmt. „Durch diese enge Vernetzung und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen der Steuerungsgruppe mit den Schulkoordinationen unterstützen wir die Jugendlichen auch mit organisationsübergreifenden und nachhaltigen Angeboten." Für Steffen Laßmann war der neue Erlass des Landes zur Studien- und Berufsordnung bahnbrechend, denn damit wurden Elemente der Initiative Bildungsketten noch verbindlicher für die schulische Arbeit – wie die grundsätzliche Möglichkeit der Ausweitung von Kompetenzfeststellungen (z. B. KomPo7) auch auf Förderschulen oder Gymnasien sowie die flächendeckende Einführung des Berufswahlpasses.

abH (ausbildungsbegleitende Hilfen)

„Die abH werden von den Betrieben gut genutzt. Sie bieten schwachen Auszubildenden eine Art Nachhilfe an."

Stefan Laßmann, Kreishandwerkerschaft

„Wir haben großes Interesse an der OloV-Steuerungsgruppe – auch, weil wir bei uns im Haus selber ausbilden“, meint Limburgs Bürgermeister Dr. Marius Hahn.

„OloV stärkt die Region, weil es Auszubildende davon abhält, in die Ballungsgebiete abzuwandern“

Im Moment arbeitet die Limburger Steuerungsgruppe an ihren langfristigen, regionalen Strategien, die anschließend von den Spitzen der Behörden unterschrieben werden sollen. „Das könnte zum Beispiel die Fortbildung von Lehrkräften zu KomPo7 sein oder die Bereitstellung von mehr Praktikumsplätzen“, sagt Schulzweigleiter Steffen Laßmann. „Außerdem wollen wir erreichen, dass die Förderinstrumente noch besser und intensiver genutzt werden“, so Koordinator Stefan Laßmann. „Die ausbildungsbegleitenden Hilfen sind bei den Betrieben zum Beispiel sehr gefragt, genau wie die Förderkurse des Jobcenters, die bei uns über die Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung laufen. Auch die Ehrenamtler von VerA sind für die Betriebe interessant“, so der Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft. Nur QuABB sei noch nicht so bekannt, aber das ändere sich, wenn demnächst ein QuABB-Mitarbeiter mit in der OloV-Steuerungsgruppe sitze.

Auch die Standortsicherung ist den Bildungsakteuren/innen wichtig: „Wir haben hier in Limburg viele Auspendler. Mit der OloV-Steuerungsgruppe haben wir dazu ein schönes Instrument, um die Region zu stärken“, meint Schulleiter Laßmann und wird von Limburgs Bürgermeister Dr. Marius Hahn unterstützt. „Es wäre gut, wenn wir die Auszubildenden hier in der Region halten könnten“, meint der Bürgermeister, der erst seit Dezember 2015 im Amt ist, aber bereits sein Kommen für die nächste OloV-Sitzung zugesagt hat. Zur Sicherung der Region hat der Bürgermeister zusammen mit Stadt, Landkreis und heimischer IHK erreicht, dass die Technische Hochschule Mittelhessen zum Wintersemester 2016/17 eine Außenstelle in Limburg eröffnet. Dort werden in Kooperation mit heimischen Firmen duale Studiengänge angeboten. „Ein toller Erfolg, an dem ich mitwirken durfte“, erzählt Dr. Hahn und unterstreicht: „Es ist wichtig, den jungen Leuten klarzumachen, dass man auch über eine Ausbildung gehen kann, um später zu studieren.“

„Ziel von OloV ist Vermittlung in Ausbildung, nicht Vermittlung auf eine höhere Schule“

Doch hier hebt Stefan Laßmann von der Kreishandwerkerschaft die originäre Bedeutung von OloV hervor: „Die Abkürzung steht für Vermittlung in Ausbildung – nicht für Vermittlung in eine höhere Schule.“ An genau

Mehr Infos

- Ansprechpartner und Praxisbeispiele Landkreis Limburg-Weilburg
  http://bit.ly/2c7vGPK

diesem Punkt beobachtet Laßmann ein strukturelles Problem, denn über 50 Prozent der Schüler/innen im Landkreis streben mittlerweile das Abitur an und wollen studieren. „Die werden von zu Hause so stark unterstützt, dass sie ihr Abi irgendwie schaffen. Auf der anderen Seite gibt es die Jugendlichen ohne jegliche Betreuung, die komplett durchs Raster fallen. Die müssen wir dann in Förderprogrammen mitnehmen, damit sie auch ausbildungsreif oder überhaupt ausbildungswillig werden."

„Vielleicht sollten Berufseinstiegsbegleiter bereits Sechstklässler unterstützen"

Der Limburger Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft findet daher, dass man Jugendliche früher fördern sollte. „Vielleicht könnte ein Berufseinstiegsbegleiter sie schon in der 6. oder 7. Klasse unterstützen, wenn sie nicht mitkommen. Die Folgekosten sind doch viel höher als solche Maßnahmen." Auch Bürgermeister Hahn begrüßt die OloV-Bestrebungen, die Schwächeren und Unentschlossenen zu fördern. „So erhält jeder Mensch die gleichen Startchancen." Er unterstreicht außerdem die wichtige Rolle der Potenzialanalyse und der Schulpraktika: „Es ist gut, wenn die Jugendlichen früh herausfinden, was sie können und wo sie begabt sind. So können die Schüler zu einer eigenständigen Berufswahl finden, statt auf Eltern oder Freunde zu hören". Die Potenzialanalyse könne vielleicht künftig auch bei der Vermittlung von Flüchtlingen eingesetzt werden, überlegt der Bürgermeister. In Anbetracht von rund 1.000 Flüchtlingen in den zwei Erstaufnahmestellen in Limburg sieht auch OloV-Koordinator Stefan Laßmann hier eine große Herausforderung für die nächsten Jahre.

„Es ist eine grandiose Geschichte, dass sich Bund und Land synchronisieren"

Monika von Brasch fasst positiv zusammen: Es sei gut, dass sich Bund und Land gemeinsam hinsetzen und sagen: ‚Sie haben das gleiche Ziel, geben beide Geld, arbeiten im Prinzip im gleichen Bereich mit den gleichen Akteuren und wollen das Ganze synchronisieren. Und wir wollen für die Akteure sichtbar machen, dass sowohl die Bundespolitik als auch die Landespolitik dahintersteht.' „Das ist doch eine grandiose Geschichte."

Potenzialanalyse / KomPo7

„Im Erlass zur Studien- und Berufsorientierung von 2015 ist KomPo7 wieder aufgenommen. Haupt- und Realschulen sowie Förderschulen müssen die Potenzialanalyse in den Klassen 7 umsetzen – mit KomPo7 als favorisiertem Verfahren. Außerdem führen bereits einige Gymnasien die Kompetenzfeststellung in Klasse 8 ein."

Steffen Laßmann, Schulzweigleiter

VerA (Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen durch ehrenamtliche Senior Expertinnen und Experten)

„Wir arbeiten mit den Senior Experten gut zusammen. Es ist großartig, dass wir bei fachlichen Lücken der Auszubildenden auf Senioren-Wissen zurückgreifen können."

Ernst Fluche, QuABB

Monika Wenzel – in den Gängen des Wirtschaftsministeriums von Wiesbaden, dem die OloV-Koordination auf hessischer Landesebene obliegt.

„Das finde ich wegweisend an den Bildungsketten, dass zwischen Bund und Land das Kompetenzgerangel aufhört.“

Was die Vereinbarung für Hessen bedeutet

INTERVIEW

Ein Gespräch mit Monika Wenzel, Referatsleiterin Berufliche Bildung im Hessischen Ministerium für Wirtschaft in Wiesbaden, über die Neuerungen, die die Bund-Land-Vereinbarung der Initiative Bildungsketten mit sich bringt. Und über die Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule (QuABB).

Was ist neu seit der Bildungsketten-Vereinbarung?

Wenzel: Wir haben darin einige Dinge verankert, die wir stärken wollen. Zum Beispiel verknüpfen wir QuABB mit der OloV-Strategie. Wir wollen, dass sich der OloV-Prozess noch stärker manifestiert, indem die Führungskräfte aller Organisationen dahinterstehen. Durch Unterzeichnung einer mehrjährigen Strategie auf Landratsebene soll OloV künftig durch die kontinuierliche aktive Unterstützung der politischen und institutionellen lokalen Spitzen gestärkt werden.

QuABB mit OloV verknüpfen – wie genau?

QuABB steht für Ausbildungsbegleitungen, die präventiv tätig sind, um Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Und das nicht nur für Benachteiligte, sondern für alle, die eine Ausbildung machen. Deshalb bieten wir QuABB in der neuen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds für ganz Hessen in allen 26 Landkreisen und an möglichst allen beruflichen Schulen an. Es gibt jetzt in jedem Kreis und in jeder Stadt mindestens einen QuABB-Beschäftigten – insgesamt mehr als 40 Leute. Das ist eine enorme Aufstockung. Daher sind sie auch nicht länger bei INBAS in einem Projekt zusammengefasst, sondern werden von den Kreisen, Kommunen, Schulen, Kammern oder Bildungsträgern eingestellt. Und weil sich QuABB- und OloV-Leute mit den gleichen Themen befassen, schaffen wir Synergien, indem QuABB künftig mit im OloV-Steuerungskreis sitzt und beide systematisch verknüpft werden.

Was ändert sich zwischen QuABB und VerA?

Wir haben im Zuge der Bildungsketten auch eine Kooperationsvereinbarung zwischen QuABB und VerA geschlossen, die festhält, dass die QuABB-Leute für uns die Professionellen sind, die entscheiden, ob es bei einem

Jugendlichen gut passen könnte, dass eine Senior Expertin oder ein Senior Experte von VerA hilft. Das ist mir sehr wichtig, weil ich finde, dass man das Ehrenamt sonst überfrachtet.

Welche weiteren Neuerungen gibt es?
Seit dem neuen Schulerlass wird auch an den Gymnasien eine Berufsorientierung eingeführt – nicht nur eine Studienorientierung. Außerdem gibt es neuerdings an den Förderschulen Kompetenzfeststellungen. Mit ‚N.I.S. 2.0', dem Netzwerk zur Integration von Studienabbrechern, starten wir zusätzlich ein präventives Beratungsprojekt für Studienabbrecher an den Hochschulen. Das ist analog zu QuABB für die Leute gedacht, die sich nicht sicher sind, ob sie an der Uni richtig sind oder eventuell lieber eine duale Ausbildung beginnen könnten. Und auf Initiative des BMBF (Anm. d. Red.: Bundesministerium für Bildung und Forschung) haben wir KoBO gestartet.

Wozu dient die neue Koordinierungsstelle?
Das Projekt KoBO ist im Januar 2016 angelaufen und soll einen Überblick über die Berufsorientierungsmaßnahmen verschaffen. Wir haben nämlich einerseits KomPo7 und andererseits die BOP-Maßnahmen – also die zweiwöchigen Werkstatttage in der 8. Klasse. Bisher konnte sich jeder Träger beim Bund bewerben, dass er BOP machen will, und wir kofinanzierten das als Wirtschaftsministerium – jedenfalls in den wirtschaftsnahen Einrichtungen. Aber erstens ist das Hessen-Kontingent von BOP nicht ausgeschöpft und zweitens hängt es vollkommen von den anbietenden Trägern ab, ob BOP in Schulen stattfindet oder nicht. Das ist also sehr zufällig. Das BMBF regte daher an, eine ausgewogene Verteilung hinzubekommen, um einerseits das Kontingent auszuschöpfen und andererseits sicherzustellen, dass überall in den 8. Klassen oder in den 9. Klassen die BOP-Werkstatttage stattfinden oder andere, gleichwertige Berufsorientierungsmaßnahmen. So kamen wir auf KoBO.

Elternarbeit – was planen Sie dazu?
Wir haben uns das Thema Elternarbeit auf die Fahnen geschrieben, weil ich in meinen 20 Jahren Arbeit in der beruflichen Bildung zwar schon vieles im Bereich Eltern probiert habe, aber keines der Projekte wirklich nachhaltig war. Deshalb überlegen wir noch einmal neu und das BMBF führt eine Studie durch, um die deutschlandweiten Best-Practice-Beispiele zu erheben und den Ist-Zustand abzubilden. Daraus wollen wir dann für Hessen gemeinsam mit dem BMBF neue Eltern-Modellprojekte entwickeln.

Wie bewerten Sie die OloV-Strukturen aus Landessicht?
Ich bin sehr froh, dass es sie gibt. Heute weiß man voneinander und es gibt viel weniger Parallelaktionen als früher, weil die Organisationen nun alle und überall in Hessen beim Thema Berufsorientierung zusammenarbeiten und ihre Energien bündeln. Wo früher oft Streit zwischen den Organisationen herrschte, vertraut man heute einander und unterwirft sich gemeinsamen Qualitätsstandards. Das Tolle daran ist, dass alle mitmachen und keiner je abgesprungen ist.

Besonders ist, dass wir bei den Steuerungsgruppen nicht das Prinzip der kommunalen Steuerung haben. In jeder Region muss einer der Hauptamtlichen den Hut aufsetzen und die Koordination der Steuerungsgruppe übernehmen. Aber wer das ist, überlassen wir den Regionen. Weil es mehr an den Personen als an der Organisation hängt, die anderen mitzuziehen.

Wo liegen die Herausforderungen in der Umsetzung?
Ich denke, der entscheidende Punkt ist die Einbeziehung der politischen Spitzen. OloV ist ein Bottom-up-Prozess – der von unten entstanden ist und mit Leben erfüllt wurde, und nun bis oben geht. Bisher haben wir gesagt, Hauptsache ist, dass es auf Fachebene vorangeht. Aber jetzt möchten wir, dass die komplette Mannschaft

dahintersteht – auch die Chefinnen und Chefs. Wenn die OloV-Gruppen nun ihre langfristigen, politischen Strategien ausarbeiten und diese dann der IHK-Präsident, der Chef der Arbeitsagentur und der Bürgermeister gemeinsam unterschreiben, kann die Fachebene in den nächsten vier Jahren mit größerer Handlungssicherheit arbeiten.

Da ist Überzeugungs- und Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Außerdem ist es elementar, dass die OloV-Gruppen nicht müde werden – trotz pausenlos neuer Herausforderungen. Denn OloV hat einen Bedeutungszuwachs erlangt, es wird ernst genommen und eingebunden. JOBSTARTER, das Förderprogramm des BMBF, fragt zum Beispiel heute grundsätzlich bei Projektanträgen zu Maßnahmen, ob diese auch von der OloV-Steuerungsgruppe abgesegnet worden sind. Wenn die Region sagt, dieses Projekt brauchen wir nicht, wird's auch nicht gemacht. Nur so kann man steuern – mit den OloV-Leuten als intelligenter Instanz vor Ort. Man muss aber schauen, dass man die Steuerungsgruppen nicht überfrachtet. Ihre Mitglieder sind alle in ihrer Berufstätigkeit voll ausgelastet.

Was planen Sie in puncto Kompetenzfeststellung?
Wir finden, dass die Kompetenzfeststellung so aufgebaut werden muss, dass sie dauerhaft leistbar und finanzierbar ist. Deshalb macht es für uns Sinn, die Kompetenzfeststellung statt bei einem Bildungsträger in Lehrerhand zu geben. Denn die Lehrkräfte arbeiten weiter mit den Schülern. Wenn das Ganze ausgegliedert läuft, gab es oft Datenschutzprobleme und die Lehrer erfuhren nichts von den Ergebnissen. Aber eigentlich ist die Potenzialanalyse doch der Ausgangspunkt der individuellen Fördervereinbarung mit dem Schüler, an die seine Berufsorientierung anknüpft. Im Sinne von Stärken fördern. Deshalb haben wir gesagt, dass nicht nur Real- und Hauptschüler so eine Kompetenzfeststellung durchlaufen, sondern als Fernziel jedes Schulkind. Und weil wir finden, dass das nur finanzierbar ist, wenn die Lehrkräfte das selber machen, schulen wir sie in bis zu drei Durchgängen von Externen.

Wie kooperieren Bund und Land beim Thema Potenzialanalyse?
Wegweisend an den Bildungsketten finde ich, dass auch zwischen Bund und Land das Kompetenzgerangel aufhört. Das ist ein Quantensprung. Ich würde mir wünschen, dass jedes Ministerium schon so weit ist wie das BMBF. Aber zurück zur Kompetenzfeststellung, die jetzt jeder Bildungsgang an der Haupt- und Realschule in Hessen in der 7. Klasse durchführen muss. Auch Gymnasien und Förderschulen interessieren sich zunehmend für das Thema. Welche Art des Verfahrens sie wählt, ist der Schule selbst überlassen, wobei wir KomPo7 mit Landes- und Bundesmitteln fördern. Einzige Bedingung ist, dass das Verfahren nach den Qualitätsstandards des BMBF erfolgt.

Eignen sich die Förderinstrumente auch für Flüchtlinge?
Beim Thema Flüchtlinge wird gesagt, da haben wir doch eine Struktur: die OloV-Steuerungskreise. Aber ich denke, das geht auf keinen Fall, weil man für diese Riesenaufgabe hauptamtliche Leute braucht.

Wir wollen unter dem Namen ‚Wirtschaft integriert' eine Förderkette aufbauen. Dabei werden die Jugendlichen in den Integration-und-Abschluss-Klassen oder an den allgemeinbildenden Schulen abgeholt, sollen dann an den Bildungsstätten des Handwerks Berufsorientierung bekommen, danach gehen sie in Einstiegsqualifizierung und dann in Ausbildung. Außerdem legen wir eine Art QuABB-Plus-Programm auf, bei dem die Ausbildungsbegleiter auch sozialpädagogische Begleitung, Sprachunterricht und Wertevermittlung anbieten. Und wir fördern 400 Plätze bei KMU – also Förderprogramme für kleine und mittlere Unternehmen für junge Menschen mit erhöhtem Sprachförderbedarf. Das heißt, im Einzelfall, kann auch ein Jugendlicher mit Migrationshintergrund teilnehmen, der schon acht Jahre hier ist, oder ein deutscher Jugendlicher, wenn er des Deutschen nicht mächtig ist.

Mehr Infos
- N.I.S. 2.0: Netzwerk zur Integration von Studienabbrechenden
  http://bit.ly/1Nm8NIc
- Übersicht „Schule – und was dann?"
  http://bit.ly/2bOMi28
- Materialsammlung zur schulischen Berufsorientierung
  http://bit.ly/1XK4l6R

Berufsorientierung: Oberschule nutzt Freiräume für bessere Übergangsquote

GUTE PRAXIS

Die Johann-Gottlieb-Fichte-Schule Mittweida in Sachsen gilt in vielerlei Hinsicht als Vorbild. Bei Schülerschaft und Eltern ist sie beliebt, weil sie praxisnah auf den Berufseinstieg vorbereitet. Schulleiter Matthias Möbius und sein Team verstehen Berufsorientierung vor allem als dynamischen Prozess.

Die Rahmenbedingungen sind klar festgelegt. Das Land Sachsen hat eine landesweite Strategie zur Berufs- und Studienorientierung. Sächsische Schulen sind verpflichtet, schuleigene Konzepte zur Berufs- und Studienorientierung zu entwickeln. Konzeptionell ist die Fichte-Schule Mittweida gut aufgestellt, so das Ergebnis der externen Evaluation der Initiative Bildungsketten (➡ siehe Bildungsketten-Journal 3/2015). Als erste Schule in Sachsen richtete die Fichte-Schule Mittweida eine Ausbildungsberatungsstelle (ABS) ein. Zehn Schulen haben diese Idee bereits übernommen.

Die ABS steht allen offen, die Fragen zur Berufsorientierung (BO) und Ausbildung haben; sie ist zentrale Anlaufstelle für Schüler/innen, Eltern, Lehrer/innen und Bildungsdienstleister. Gleichzeitig bietet die ABS eine schulinterne Struktur, um Angebote zur vertieften Berufsorientierung sowie Fördermöglichkeiten auf die Lehrpläne abzustimmen. In der ABS teilen sich Berufsberaterin Ute Kötzsch und Berufseinstiegsbegleiterin Ute Wiede ein Büro, wo sie Schüler/innen beraten und betreuen. Ziel ist es, für mehr Präsenz der Berufsberatung in der Schule zu sorgen und die Berufseinstiegsbegleitung mit der Berufsberatung der Arbeitsagentur zu verzahnen.

Der Berufswahlpass wird in der Fichte-Schule für die gesamte Berufsorientierungsphase eingesetzt.

Schulleiter Möbius erklärt den Vorteil dieser Struktur: „Wir können sofort reagieren, wenn ein Schüler Probleme mit dem Schulabschluss hat oder der Übergang in eine Berufsausbildung gefährdet ist.“ In Klasse 8 kommt jede/r Schüler/in mindestens einmal zum Gespräch mit Frau Kötzsch. Die räumliche Nähe trägt dazu bei, dass ABS und Berufsberatung eine größere Verbindlichkeit auf die Schüler/innen ausstrahlen. Nützlicher Nebeneffekt: Die langen Anfahrtswege zur Arbeitsagentur fallen in der ländlich geprägten Region weg.

Viel Spielraum für die Weiterentwicklung

Ein BO-Team kümmert sich um die konzeptionelle Weiterentwicklung. Fünf Lehrkräfte sowie Klassenlehrerin Karolin Fuchs, Berufsberaterin Kötzsch und Berufseinstiegsbegleiterin Wiede passen das schuleigene BO-Konzept für jedes Schuljahr neu an. Dabei haben die Mitglieder viel Gestaltungsspielraum. In der Lehrerkonferenz wird über Änderungen abgestimmt. „Das war ein längerer Prozess“, sagt Kötzsch über den Aufbau der ABS und BO-Gruppe. „Inzwischen haben wir es geschafft, dass alle Beteiligten wie ein Uhrwerk zusammenarbeiten“, ergänzt Fuchs.

Ein wichtiger Partner in der Berufsorientierung ist die heimische Wirtschaft. Die Fichte-Schule Mittweida kooperiert mit 80 Betrieben, davon viele kleine und mittelständische Unternehmen. Die Kontakte entstanden zum Beispiel über die Industrie- und Handelskammer und das Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland (➡ siehe auch S. 30).

Die Schüler/innen lernen bei sogenannten Praktischen Tätigkeiten in Unternehmen (PTU) Berufsfelder kennen, dieses Praktikum wird wie ein Unterrichtsfach benotet. Die Erkenntnisse werden im Berufswahlpass dokumentiert. Das Reflexionsinstrument wird für die gesamte Berufsorientierungsphase eingesetzt. Von Klasse 8 bis 10 verbringen die Schüler/innen etwa sechs bis sieben Wochen in Betriebspraktika. „Aus unserer Sicht ausreichend Zeit, um ein realistisches Berufsziel zu entwickeln“, so Schulleiter Möbius.

Klassenlehrerin Karolin Fuchs, Schulleiter Matthias Möbius, Berufseinstiegsbegleiterin Ute Wiede, Maike Hertel (ehemalige Schülerin) und Berufsberaterin Ute Kötzsch (v. l.).

Die Fichte-Schule lädt ihrerseits Firmen zum Tag der offenen Tür ein – daraus entstand eine kleine Jobmesse. Denn viele Betriebe der Region suchen dringend Nachwuchskräfte. Auf einen offenen Ausbildungsplatz entfallen im Durchschnitt 20 Bewerbungen, vormals waren es 150. Im Jahr 2014 verbuchte die Fichte-Schule eine besonders hohe Übergangsquote: Fast alle Schulabgänger/innen konnten in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden oder hatten eine andere Option für den Anschluss nach der Schulzeit.

Maike Hertel ist ehemalige Schülerin der Fichte-Schule und nahm an der Berufseinstiegsbegleitung teil. Durch die PTU fand sie zunächst ihren Wunschberuf Tischlerin, musste aber aus gesundheitlichen Gründen auf eine andere Tätigkeit umschwenken. In nur zwei Tagen erarbeiteten Berufsberaterin Kötzsch und Berufseinstiegsbegleiterin Wiede eine Alternative. „Unsere kurzen Abstimmungswege in der Ausbildungsberatungsstelle haben uns dabei geholfen, eine schnelle Lösung zu finden“, sagt Wiede. Heute absolviert die 16-jährige Hertel ein Praktikum bei einem Mediengestalter mit Aussicht auf einen Ausbildungsplatz.

Ideen für Schulverweigerer und Flüchtlinge

Und was sind die nächsten Herausforderungen für die Fichte-Schule? Das sind einmal „schulmüde“ Schüler/innen, die Schulleiter Möbius durch ein Projekt für Schulverweigerer zurück in den normalen Unterricht holen möchte. Der Lehrplan sieht für diese Gruppe zunächst einen höheren BO-Anteil vor, zwei Drittel der Zeit sind reserviert für praktische Tätigkeiten.

Ein weiteres Thema ist die Beschulung von Asylbewerbern/innen und Flüchtlingskindern. Die Fichte-Schule kann den Deutschunterricht für diese Gruppe gewährleisten, klassische BO-Angebote eignen sich laut Möbius aber nicht. Sein Vorschlag: Für die Zeit nach der Schule sollten neue Möglichkeiten geschaffen werden. Als Vorbild sieht Möbius Produktionsschulen wie die der Jugendberufshilfe in Chemnitz. Die Teilnahme ist freiwillig. Die Teilnehmenden lernen unter realistischen Bedingungen die Arbeitswelt kennen, es werden Produkte geplant und hergestellt. Über diesen Weg sollen sie in Ausbildung oder Arbeit vermittelt werden.

Fazit: „Eine Schule hat diverse Vorgaben des Kultusministeriums bei den Lehrplänen. Bei der Art der Durchführung ist man frei. Eine Schule sollte sich etwas trauen und offen sein für neue Kooperationspartner“, so Schulleiter Möbius.

Mehr Infos

- Evaluation der Initiative Bildungsketten – Forschungsbericht: www.bildungsketten.de/bk-evaluation-endbericht
- Produktionsschule Chemnitz www.jbhc.de/web/projekte:produktionsschule

Mentoring am Übergang Schule – Beruf und in der Ausbildung

LEXIKON

Mentoring-Projekte liegen im Trend. Am Übergang Schule – Beruf sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Paten- und Lotsenprogramme entstanden. Das Ziel: Jugendliche individuell auf dem Weg ins Berufsleben unterstützen und beim Lernen fördern.

Beispiele für Mentoring-Angebote finden sich über die gesamte Bildungskette: sowohl bei der Berufsorientierung in der Schule, beim Übergang von der Schule in die Ausbildung und in der Ausbildung. Exemplarisch werden Projekte vorgestellt, die Ideen für eigenes Engagement und Möglichkeiten für Kooperationen aufzeigen sollen.

In der Berufsorientierung richtet sich das Engagement vor allem darauf, Schülerinnen und Schüler mit berufserfahrenen Personen und Unternehmen in Kontakt zu bringen. Eines der größten Unterstützungsangebote ist SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland (➡ siehe auch S. 30). Die Schülerinnen und Schüler sammeln praktische Erfahrungen in der Arbeitswelt, um sich auf eine Entscheidung für den passenden Beruf vorzubereiten. Auch nützliche Informationen stehen hier im Mittelpunkt, z. B. wie man Stellenangebote findet, wie man Bewerbungen schreibt oder was man zum Vorstellungsgespräch anzieht.

In der Ausbildung gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten. Von kleinen, lokalen Projekten bis zu großen, öffentlich geförderten Initiativen reicht das Spektrum. Anlaufstellen sind Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen, die über bestehende Angebote informieren und in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen organisiert sind.

Ein Angebot, das bundesweit zur Verfügung steht, ist die Initiative VerA: Jugendliche bekommen berufserfahrene Senior Experten/innen an die Seite gestellt, die sie während der gesamten Ausbildung begleiten. Die Begleitung erfolgt im Tandem. Dadurch entsteht ein enges persönliches Verhältnis zwischen Mentor/in und Mentée, ähnlich wie zu den Großeltern. Auf dieser Basis kann die tatsächliche Unterstützung breit gefächert sein. Die Jugendlichen verbessern nachweislich ihre fachlichen, methodischen, sozialen und persönlichen Kompetenzen. Auch die Mentoren/innen profitieren, indem sie neue Erfahrungen machen und nach dem Berufsleben aktiv bleiben. Sie lernen die Lebenswelt der Jugendlichen und deren Denkweise kennen.

Generationsübergreifender Ansatz

Einen generationsübergreifenden Ansatz verfolgt auch die Ausbildungsbrücke. Berufserfahrene, ehrenamtliche Paten/innen begleiten Schüler/innen. Die Begleitung beginnt bereits ab der achten Klasse in der Schule und kann über die gesamte Ausbildungszeit fortgesetzt werden. In der Schule stehen dabei die Berufsorientierung und die Unterstützung im Bewerbungsprozess im Mittelpunkt. Die Paten/innen können zur fachlichen Unterstützung auf ehrenamtliche Nachhilfelehrer/innen zurückgreifen. Mit Hilfe dieses langfristigen Engagements gelingt es, dass auch vermeintlich schwächere Schüler/innen eine Ausbildung antreten.

Das Landesprogramm Mentoring in Berlin bietet Jugendlichen, die einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben, eine persönliche Begleitung durch berufserfahrene Mentoren/innen – sowohl Berufstätige wie auch Ruheständler/innen. Dies gilt für die Branchen Hotel, Gastronomie, Tourismus, Baugewerbe, Schutz und Sicherheit, Gesundheit und Dienstleistungen. Nach dem erfolgreichen Start 2013 wurde das Landesprogramm Mentoring 2015 als berlinspezifischer Ansatz zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen im Sinne einer Regelstruktur etabliert.

Garantie für einen Ausbildungsplatz

Eine andere Art der Unterstützung ist die Meckenheimer Garantie für Ausbildung: Schüler/innen schließen noch während der Schulzeit einen Vertrag mit der Schule, der Stadt und den beteiligten Kooperationsunternehmen aus der Region ab. Darin ist die Vermittlung eines Ausbildungsplatzes garantiert. Die Unternehmen erklären sich verbindlich bereit, den Schülern/innen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, wenn bestimmte Leistungen erreicht werden. Grundlage für einen erfolgreichen Einstieg in eine Ausbildung ist dabei das umfassende Berufsorientierungskonzept der Geschwister-Scholl-Hauptschule in Meckenheim, die ihre Schüler/innen optimal auf die Berufswahl vorbe-

reitet. Durch umfangreiche Praktika lernen die Schüler/innen schon während der Schulzeit ihre potenziellen Ausbildungsbetriebe kennen.

Wichtig für den Erfolg des ehrenamtlichen Mentoring ist die Vernetzung mit den hauptamtlichen Akteuren/innen am Übergang Schule – Beruf. Die ehrenamtliche Begleitung ist dann erfolgreich, wenn sie weitere Angebote hinzuzieht, z. B. Fördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit wie ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) oder Einstiegsqualifizierung (EQ). Der Vorteil: Die Jugendlichen erhalten eine Förderung, die sich an ihren Bedürfnissen ausrichtet; die Mentoren/innen werden ihrerseits unterstützt, weil sie mit ihren Aufgaben nicht allein gelassen werden.

Eine ehrenamtliche Begleitung kann dabei eine passende Ergänzung zu einem hauptamtlichen Angebot sein. Ein intensive Koordination und Kooperation ist dabei wünschenswert. Ein Beispiel ist die Kooperation von der Qualifizierten Ausbildungsbegleitung in Berufsschule und Betrieb (QuABB) und der Initiative VerA in Hessen (➡ siehe auch Schwerpunktthema S. 10).

Mehr Infos

- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen
  www.bagfa.de/freiwilligenagenturen.html
- Ehrenamtliche Ausbildungsbegleiter und Ausbildungsbegleiterinnen der Initiative VerA
  http://vera.ses-bonn.de
- Die Ausbildungsbrücke der Initiative Arbeit durch Management/PATENMODELL
  www.ausbildungsbruecke.de
- Landesprogramm Mentoring Berlin
  http://bit.ly/1rfr6Wc
- Meckenheimer Garantie für Ausbildung
  http://bit.ly/1SQWQXo

Bei vielen Mentoring-Projekten der Berufsorientierung bekommen Schüler/innen Unterstützung von Paten/innen mit Berufserfahrung.

SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland – „Es braucht viel Herzblut“

PARTNER-ENGAGEMENT

Seit über 60 Jahren setzt sich SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland für die Berufsorientierung junger Menschen ein. Die Non-Profit-Organisation führt Schulen und Unternehmen zusammen, stellt Ausbildungsberufe vor und vermittelt Wissen über das Wirtschaftsleben. Für Akteure/innen der Initiative Bildungsketten bietet das bundesweite Netzwerk viele Anknüpfungspunkte.

Jugendliche wollen mehr erfahren über den Arbeitsalltag. Unternehmen suchen die Fachkräfte von morgen. Über SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland finden beide zueinander. „Alle Schülerinnen und Schüler sollen ihre Stärken optimal weiterentwickeln und zusammen mit der Schule den passenden Beruf finden“, sagt Vorsitzender Dr. Wolfgang Malchow über das Ziel des Netzwerks. Es unterstützt Schulen dabei, für die praktische Berufsorientierung ein breites Spektrum an Betrieben verschiedener Branchen und Größen aufzubauen. Denn so erhalten die Schüler/innen sehr genaue Einblicke in Berufsfelder mit unterschiedlichen Anforderungen.

Ob kleiner Handwerksbetrieb, mittelständisches Industrieunternehmen oder Großkonzern – bei SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland ist die volle Bandbreite vertreten. Getragen wird die 1965 gegründete Organisation von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln. Bundesweit gibt es über 400 Arbeitskreise mit 22.000 Ehrenamtlichen; in der Regel sind in den Arbeitskreisen die Arbeitsagenturen vertreten und wirken aktiv mit. Der erste Arbeitskreis ist sogar noch älter, er wurde 1953 in Hildesheim ins Leben gerufen. Kooperationen zwischen Schulen und Betrieben sind also gelebte Tradition. Neu ist, dass sich im Vergleich zu früher deutlich mehr Unternehmer/innen und Lehrer/innen in das Netzwerk einbringen.

Der Fachkräftemangel ist laut Malchow ein Grund für diesen Trend. Dabei stehen Schulen und Betriebe vor einer ähnlichen Herausforderung: Beide müssen verstärkt in Aus- und Weiterbildung investieren. Die Betriebe nehmen zum Beispiel auch jene Bewerber/innen, die nicht exakt den Vorstellungen entsprechen, weil der Markt enger geworden ist. Die Schulen haben ihrerseits ein Interesse daran, dass ihre Schüler/innen in Berufe unterkommen, die am besten deren Kompetenzen entsprechen.

Ein weiterer Grund ist die unbürokratische Unterstützung: Eine Schule muss zum Beispiel nicht selbst Unternehmen kontaktieren, sondern geht den bequemeren Weg über den Arbeitskreis – und erreicht gleich mehrere Betriebe auf einen Schlag. Wo der nächstgelegene Arbeitskreis liegt, erfährt man bei den Geschäftsstellen der BDA in Berlin und des IW in Köln. Oder man sucht auf der Webseite des Netzwerks nach Ansprechpartnern in der Nähe.

In den Arbeitskreisen sind Schulen und Betriebe gleichberechtigte Partner, es gilt der Paritätsgrundsatz. So arbeiten beispielsweise Schulleiter/innen, Lehrer/innen und Vertreter/innen der Schulämter auf Augenhöhe mit Geschäftsführern/innen, Personalleitern/innen und Ausbildungsleitern/innen. Gemeinsam organisieren sie Jobmessen, Bewerbungstrainings, Schülerpraktika, Betriebsbesichtigungen und vieles mehr – eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Die eine Seite hat die pädagogischen Ziele im Blick, die andere Seite verfügt über das ökonomische Wissen.

Auch an der Spitze von SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland teilen sich zwei ehrenamtlich Tätige den Vorsitz: Wolfgang Malchow – er sitzt unter anderem im Aufsichtsrat der Robert Bosch GmbH in Gerlingen – repräsentiert die Wirtschaft. Sein Kollege, Dr. Alfred Lumpe von der Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg, vertritt die Belange der Schulen. Das ausgewogene Verhältnis von Schul- und Wirtschaftskompetenz trägt dazu bei, dass die Aktivitäten des Netzwerks stark nachgefragt werden.

Leitfäden für Betriebe, Schulen und Jugendliche

SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland fördert die Arbeitskreise auf mehreren Ebenen. Auf Bundesebene gibt das Netzwerk Leitfäden zu verschiedenen Themen heraus – mit starkem Bezug zur Bildungspraxis und in Abstimmung mit den Schulen. Beispiel Schülerbetriebspraktika: Checklisten informieren Betriebe, Schulen, Schüler/innen und Eltern jeweils individuell, was bei

Dr. Wolfgang Malchow, Vorsitzender SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland.

der Vorbereitung, Durchführung und Nachbesprechung zu beachten ist. Jede Zielgruppe soll den größtmöglichen Nutzen haben. Qualitätskriterien weisen darauf hin, was ein gutes Praktikum ausmacht. Weitere Publikationen enthalten Tipps zur Einbindung von Eltern in die Berufsorientierung, zur Gestaltung der Berufsorientierung durch die Schulleitung, zum Übergang Schule – Beruf oder zur inklusiven Berufs- und Studienorientierung.

Auf Landesebene führt SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrer/innen zur Berufsorientierung durch, in Absprache mit den Kultusministerien der Länder. Beispiel Kompetenzwerkstatt, die vergleichbar mit einer Potenzialanalyse ist: Die Lehrer/innen werden befähigt, die Stärken ihrer Schüler/innen zu analysieren und passende Berufe zu benennen. In speziellen Betriebspraktika können Lehrkräfte ihr Wissen über berufliche Anforderungen auffrischen. Viele Schulen stimmen ihre Lehrpläne so ab, dass die Schüler/innen das Schulwissen in Betrieben praxisbezogen anwenden können. Beispiel Metallbeschichtung: In der Schule befassen sich die Jugendlichen mit dem Thema Materialkunde, um dann in einem Metallbetrieb ein kleines Testprodukt herzustellen – Gummibärchen, die mit Metall überzogen sind.

Die vielen Beispiele aus der Praxis möchte SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland dazu nutzen, für weitere Unterstützer und Partner zu werben. Dazu wird einmal im Jahr der SCHULEWIRTSCHAFT-Preis für erfolgreiche Unternehmen und Schulen ausgelobt. Mit dem Berufswahlsiegel können Schulen anhand von Qualitätskriterien selbst überprüfen, ob sie gute Berufsorientierung machen und was zu verbessern ist. 1.463 Schulen sind bislang zertifiziert. Kultusministerien, Arbeitgeberverbände und die Bundesagentur für Arbeit unterstützen das Berufswahlsiegel. Auf Tagungen tauschen sich die Akteure/innen aus den Arbeitskreisen über Konzepte, Ideen und Produkte aus (➡ siehe auch Literaturempfehlung zur Qualität von Berufsorientierung S. 33).

SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland

Mehr Infos

- Landkarte mit Kontaktadressen SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland www.schulewirtschaft.de
- Checklisten Schülerbetriebspraktikum www.bildungsketten.de/intern/system/upload/Materialien/Checklisten_Schuelerbetriebspraktikum.pdf
- Berufswahlsiegel www.netzwerk-berufswahlsiegel.de
- Asylsuchende Jugendliche in Schule und Betrieb www.landderpotenziale.de/blogbeitraege/1413/
- Übersicht Land der Potenziale www.landderpotenziale.de

„Die ganze Arbeit von SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland ist im Begriff der Professionalisierung", so Vorsitzender Malchow. „Die große Aufgabe für uns ist, mit unseren Angeboten in der Berufsorientierung an Breite zu gewinnen." Dazu passt auch die Umbenennung von ehemals Bundesarbeitsgemeinschaft in SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland. Auf drei Themenfeldern arbeitet das Netzwerk an praxisnahen Lösungen.

Berufsorientierung an Gymnasien: Neben der Studienorientierung sollten Gymnasiasten stärker darauf vorbereitet werden, welchen Beruf sie ergreifen möchten und welche Ausbildung dazu notwendig ist – Studium oder betriebliche Ausbildung. Es braucht mehr Informationen über Ausbildungsberufe, Karrierewege und Verdienstchancen. So sollten Gymnasien auch auf handwerkliche Berufe hinweisen. SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland entwickelt gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit einen Leitfaden zur Berufsorientierung an Gymnasien und stellt Praxisbeispiele vor, um andere Schulen zu inspirieren (➡ siehe auch S. 38).

Geflüchtete: Die schulischen Angebote für Geflüchtete sind häufig dual aufgebaut. In Sonderklassen lernen junge Menschen mit Flüchtlingshintergrund zum Beispiel Deutsch. Daneben haben sie die Möglichkeit, in einem Betrieb ein Praktikum zu absolvieren. Das stellt Schulen und Betriebe vor organisatorische Herausforderungen. Die regionalen Netzwerke von SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland helfen dabei, dass die Zusammenarbeit funktioniert. Beispiel: In einem Projekt in Neu-Ulm gehen asylsuchende, minderjährige Jugendliche in die Mittelschule und absolvieren zusätzlich Praktika in unterschiedlichen Betrieben.

Bündelung von Angeboten zur Berufsorientierung: Das Interesse an der Kooperation mit Schulen ist groß. Der Umfang an Angeboten zur Berufsorientierung ist größer geworden. SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland bringt die verschiedenen Akteure zusammen, damit Schulen möglichst einen zentralen Ansprechpartner haben, mit dem sie ein breites Angebot abstimmen können. Dabei sollen insbesondere auf Seite der Wirtschaft gleiche Chancen für alle bestehen, egal ob kleine und mittelständische Betriebe oder Großunternehmen.

Potenzial sieht Vorsitzender Malchow insbesondere bei zwei Gruppen: Im Handwerk besteht ein großer Mangel an Fachkräften. Daher sollten Handwerksbetriebe intensiver mit dem Netzwerk zusammenarbeiten. Zudem sollten Eltern stärker in die Berufsorientierung ihrer Kinder einbezogen werden. Malchow: „Elternabende reichen nicht aus, man muss sie gezielt in die Betriebe mitnehmen. Die Plattform dafür hat SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland."

Literaturempfehlungen

Qualitativ bessere betriebliche Berufsausbildung: Leitfaden für Betriebe, Berufsschulen und Auszubildende

Von einer qualitativ hochwertigen Ausbildung profitieren Auszubildende und Betriebe gleichermaßen. Doch nicht jeder gut gemeinte Ansatz in der betrieblichen Ausbildung ist auch immer sinnvoll und effektiv. Der neue Leitfaden soll motivieren, das Thema Ausbildungsqualität in den Betrieben zu thematisieren. Ausbildungsverantwortliche in Betrieben, Bildungspersonal in Schulen und Auszubildende erhalten nützliche und leicht in die Praxis umsetzbare Tipps zur Steigerung der Ausbildungsqualität. Der Leitfaden basiert auf den Erkenntnissen von zehn Modellversuchen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in den Bereichen Handwerk, Industrie und Dienstleistungen.

Als sinnvolle Ansätze zur Steigerung der Berufsausbildungsqualität werden im Leitfaden acht Bereiche identifiziert wie z. B. Aushandlung der Qualitätsziele, Nutzung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Begleitung des Übergangs in die Berufsausbildung. Jeder Ansatzpunkt wird in einem kurzen Kapitel vorgestellt, die Vorteile von Qualitätssteigerungsmaßnahmen werden dargelegt und Hinweise zu ihrer Umsetzung gegeben. Jedes Kapitel schließt mit einer Auflistung nützlicher Links zu weiteren Informationsquellen und Hilfsmaterialien. Die übersichtliche Strukturierung und die farbliche Hervorhebung von Leitfragen, Hinweisen und Begriffserläuterungen führen die Leser/innen zu den wichtigsten Informationen.

Bundesinstitut für Berufsbildung
Leitfaden: Qualität der betrieblichen Berufsausbildung
Bonn, 2015, 67 Seiten
Abruf: http://bit.ly/1qEZfhh
ISBN 978-3-88555-994-8

Berufsorientierung aus Unternehmenssicht: Fachkräfterekrutierung am Übergang Schule-Beruf

Aufgrund des demografischen Wandels gehen die Zeiten zu Ende, in denen sich Unternehmen aus einem Überangebot von Jugendlichen ihren Fachkräftenachwuchs rekrutieren konnten. Gleichzeitig wurden von Unternehmerseite die Einstiegsvoraussetzungen angehoben. So werden für drei Viertel aller Ausbildungsangebote mindestens Mittlere Reife bzw. Hochschulreife gefordert, mit der Folge von unbesetzten Lehrstellen bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl unversorgter Jugendliche. Das vorliegende Lehr- und Arbeitsbuch versucht aus Unternehmersicht, Hintergrundinformationen zu liefern und Strategien aufzuzeigen, um für alle Beteiligten gewinnbringenden Ausgleich zu schaffen.

Auf die Unternehmen kommt die Aufgabe zu, auch die weniger Qualifizierten durch fachliche wie pädagogische Maßnahmen in ihre Betriebe zu integrieren. Die Autoren/innen skizzieren historische wie zukünftige Entwicklungen und Handlungsoptionen im Bereich der Berufsorientierung, Kompetenzfeststellung und Rekrutierung von Fachkräften. In früheren Zeiten lag, bedingt durch das niedrige Einstiegsalter (14–16 Jahre), ein mehr erzieherischer Auftrag beim Ausbildungspersonal. Will man weniger ausbildungsreife Jugendliche in den Arbeitsmarkt integrieren, werden auch in den Betrieben für die Personalbetreuung – neben der fachlichen Ausbildung – mehr Kompetenzen entwickelt werden müssen.

Tim Brüggemann, Sylvia Rahn (Hrsg)
Berufsorientierung aus Unternehmenssicht
Ein Lehr- und Arbeitsbuch
Münster, 2013, 372 Seiten
ISSN 1869-2249
ISBN 978-3-8309-2762-4

Bildungsketten-Konferenz: 15.–16. November 2016, Berlin

Rund 400 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Bildungspraxis werden zur Bildungsketten-Konferenz am 15. und 16. November in Berlin erwartet. Geplant ist, Bilanz zu ziehen nach fünf Jahren Initiative Bildungsketten und auf die Weiterentwicklung der Förderinstrumente am Übergang Schule – Beruf zu blicken. Mehr Infos vor und nach der Veranstaltung auf

➔ www.bildungsketten.de/konferenz2016

Neue Arbeitshilfen zum Thema Individuelle Förderung

Die individuelle Förderung von Jugendlichen zählt zu den Hauptaufgaben der Berufseinstiegsbegleitung (BerEb).
Die Arbeitshilfe „Berufseinstiegsbegleitung: Individuell fördern mit dem Berufswahlpass“ gibt Empfehlungen, wie der Berufswahlpass in die Arbeit der BerEb eingebunden wird.
Die Arbeitshilfe „Individuelle Förderung: Handlungstipps für die Berufseinstiegsbegleitung“ enthält ein ausführliches Fallbeispiel.

➔ www.bildungsketten.de/arbeitshilfen-uebersicht
➔ www.bildungsketten.de/materialsammlung

„try five!"-Parcours: Potenzialanalyse zum Mitmachen

Auf eine Sache voll konzentriert? Mit den Händen blitzschnell? Kinder und Jugendliche entdecken auf dem Erlebnisparcours „try five! – Fünf Sinne für deine Zukunft" der Initiative Bildungsketten ihre Talente. Eine Multimedia-Reportage mit Videos, O-Tönen, Bildern und Texten von der Bildungsmesse didacta 2016.

➔ www.bildungsketten.de/tryfive2016

Neue ESF-Programmbroschüre

Der Europäische Sozialfonds (ESF) unterstützt mit dem ESF-Bundesprogramm Berufseinstiegsbegleitung junge Menschen beim Start ins Berufsleben. In der neuen Programmbroschüre berichtet Berufseinstiegsbegleiter Bertram Aust (CJD Wissen) über seine Arbeit mit Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf.

➔ http://bit.ly/1TiAlxr

Neue App zur Berufs- und Studienorientierung

„Zukunft läuft" heißt die neue App des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums. Schülerinnen und Schüler können mit der App ihre Interessen checken und eine persönliche Ausbildungs- und Studienfachliste erstellen. Die App verweist auf weiterführende Anlaufstellen rund um Ausbildung, Studium und Arbeitsleben.
Es gibt sie kostenlos in den App-Stores für alle iOS- und Android-Geräte.
iOS-Geräte: ➔ http://apple.co/1Nl08Gd
Android-Geräte: ➔ http://bit.ly/1VBq5Eu

Seminare und Materialien für neue Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter

Die Servicestelle Bildungsketten bietet in Kooperation mit den JOBSTARTER-Regionalbüros im Herbst 2016 erneut Basisseminare für Berufseinstiegsbegleiter und -begleiterinnen (BerEb) an. Im Vorjahr haben bereits rund 400 BerEb an diesem Format teilgenommen. Grundgedanke ist, die BerEb für ihren komplexen Auftrag zu sensibilisieren und in die verschiedenen Phasen der Begleitung einzuführen.

Die zweitägigen Veranstaltungen richten sich deshalb vor allem an neue BerEb, das heißt Berufseinsteiger oder Fachpersonal, das noch nicht so lange dabei ist. In den Seminaren erarbeiten die Teilnehmenden gemeinsam fachliches Grundlagenwissen. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch. Unter anderem geht es darum: Was ist die Initiative Bildungsketten? Welche Rolle habe ich als BerEb? Was ist individuelle Förderplanung und wie gestalte ich sie? Was sind meine Aufgaben als BerEb in der nachschulischen Phase der Begleitung?

Ein weiteres Angebot für (neue) BerEb ist das Starterpaket für die Berufseinstiegsbegleitung: ein Online-Ordner mit Faktenblättern und Materialien, die die BerEb im Kontakt mit Eltern, Jugendlichen und Betrieben nutzen können. Praxisorientierte Handlungstipps bieten die zahlreichen Arbeitshilfen zur Berufseinstiegsbegleitung.

Mehr Infos

- Bericht Basisseminare für BerEb 2015
  www.bildungsketten.de/basisseminare-2015
- Veranstaltungshinweise 2016
  www.bildungsketten.de/termine
- Starterpaket für die Berufseinstiegsbegleitung
  www.bildungsketten.de/starterpaket
- Arbeitshilfen der Servicestelle Bildungsketten
  www.bildungsketten.de/arbeitshilfen-uebersicht

Baden-Württemberg erprobt Potenzialanalyse für Flüchtlinge

Mit einer Potenzialanalyse ermittelt Baden-Württemberg die Kompetenzen von Flüchtlingskindern. Die Ergebnisse sollen helfen, den Leistungs- und Kenntnisstand von geflüchteten Kindern und Jugendlichen besser einschätzen zu können. Das Verfahren wird seit Mitte Februar 2016 erprobt. Es soll auch anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden.

Die Potenzialanalyse für Flüchtlinge besteht aus einem eigens zu entwickelnden Computerprogramm, das aus mehreren Modulen besteht. Im Modul kognitive Basiskompetenzen werden Kompetenzen wie zum Beispiel Merkfähigkeit, schlussfolgerndes Denken oder räumliches Vorstellungsvermögen festgestellt. Darüber hinaus liefern weitere Module Ergebnisse zu methodischen Kompetenzen (z. B. Planungsfähigkeit, Problemlösefähigkeit) und fachlichen Kompetenzen in Deutsch, Englisch und Mathematik. Lehrerinnen und Lehrer sollen dadurch in die Lage versetzt werden, die jungen Flüchtlinge individueller und gezielter zu fördern und ihren weiteren Bildungsweg zu planen.

„Wir müssen früh und genau darauf achten, welche Potenziale vorhanden sind, unabhängig von der deutschen Sprache“, sagt Susanne Kugler, Projektverantwortliche im Kultusministerium Baden-Württemberg.

Das neue Förderinstrument baut auf den Erfahrungen auf, die das Land beim Einsatz der Kompetenzfeststellung Profil AC an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gesammelt hat. Andere Bundesländer sind dazu eingeladen, das Projekt zu begleiten und das Verfahren zu übernehmen.

Die Laufzeit beträgt insgesamt drei Jahre (Januar 2016 bis Dezember 2018). Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt dem Land Baden-Württemberg für das Projekt zwei Millionen Euro bereit.

Mehr Infos

zur Potenzialanalyse für Flüchtlinge finden Sie unter: http://bit.ly/2bOKEvN

28

KAUSA Servicestellen weiten Unterstützung auf Flüchtlinge aus

Standorte im Bundesgebiet verfügen über eine KAUSA Servicestelle: Mit den regionalen Informations- und Beratungsstellen fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Beratung von Selbstständigen, Jugendlichen und Eltern mit Migrationshintergrund zu Fragen der betrieblichen Ausbildung. Seit dem 1. Februar 2016 beraten die KAUSA Servicestellen – zum Beispiel in Berlin, Hamburg und Köln – auch junge Flüchtlinge. Diese Zielgruppen-Erweiterung erfolgte im Rahmen des BMBF-Sofortmaßnahmenpakets, um Flüchtlinge und deren Integration durch Bildung zu stärken. Gefördert werden die KAUSA Servicestellen im BMBF-Ausbildungsstrukturprogramm JOBSTARTER.

Mehr Infos
www.jobstarter.de/kausa-servicestellen

3.000

Initiative VerA wird weiter ausgebaut

Jugendliche sollen 2016 durch die ehrenamtliche Ausbildungsbegleitung der Initiative VerA unterstützt werden. Dieses Ziel hat der Senior Experten Service (SES) ausgegeben, nachdem die Zahl der Begleitungen im Jahr 2015 erstmals bei über 2.600 lag. Vielen jungen Menschen kann damit eine Unterstützung in der Ausbildung geboten werden. Die Initiative VerA des SES bringt Auszubildende mit kompetenten und erfahrenen Senior Expertinnen und Experten zusammen, die ihnen Stärke und Orientierung vermitteln. So erhalten insbesondere Jugendliche mit schlechteren Startchancen die Möglichkeit, ihre Ausbildung erfolgreich zu beenden und den Einstieg in das Berufsleben zu bewältigen. Ausbildungsabbrüche werden dadurch verhindert. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt die Initiative VerA bis Ende 2018 mit insgesamt 11,5 Millionen Euro. Damit stehen die ehrenamtlichen Ausbildungsbegleiterinnen und Ausbildungsbegleiter von VerA der Initiative Bildungsketten dauerhaft als Partner zur Verfügung, neben regulären Förderinstrumenten wie der Berufseinstiegsbegleitung.

Mehr Infos
http://vera.ses-bonn.de

Neuerungen beim Berufswahlpass

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Berufswahlpass hat mit dem W. Bertelsmann Verlag (wbv) einen neuen Dienstleister beauftragt: Seit dem 1. April 2016 werden Druck und Bestellungen von Bielefeld aus gesteuert. Neben dem neuen Preis – 3,45 € statt ehemals 6,25 € – pro Berufswahlpass gibt es zusätzlich einen neuen Bestellweg über www.berufswahlpass.de. Nächster Bestelltermin ist der 15. November 2016 für das Schulhalbjahr 2017.

Das pädagogische Konzept des Berufswahlpasses wird komplett überarbeitet. Ziel ist es, den Berufswahlpass zu einem modernen Instrument der Berufsorientierung zu gestalten und die Möglichkeiten der Digitalisierung stärker zu nutzen. Dazu hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung als Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Berufswahlpass ein entsprechendes Forschungsprojekt ausgeschrieben. Die Leitfrage: Welche Unterstützung können Schülerinnen und Schüler aus heutiger Sicht gebrauchen, um eine fundierte Berufswahlentscheidung zu treffen? Ein Team von Wissenschaftlern hat im April 2016 mit der Entwicklung des neuen Konzepts begonnen. Die Federführung haben die Fachhochschule des Mittelstands (Bielefeld) mit Prof. Dr. Tim Brüggemann sowie die Universität Münster mit Dr. Katja Driesel-Lange und Prof. Dr. Volker Gehrau. Voraussichtlich Mitte 2017 stellen die Forscher Konzept und Umsetzungsvorschläge der Bundesarbeitsgemeinschaft vor. Fachlich begleitet wird das Projekt durch die Servicestelle Bildungsketten beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).

Mehr Infos
http://www.bildungsketten.de/de/1974.php

Ausbaufähig: Berufsorientierung in Gymnasien

DIE LETZTE SEITE

Ein Besuch im Berufsinformationszentrum und das Nachschlagewerk „Studien- & Berufswahl“ – so sah bis vor einigen Jahren an vielen Gymnasien die Berufsorientierung aus. Die Arbeitswelt verändert sich, und mit ihr auch die Art, wie junge Menschen auf ihr Berufsleben vorbereitet werden. Die duale Ausbildung soll daher auch an Gymnasien in der Berufsorientierung stärker berücksichtigt werden. Dafür setzen sich die Bundesländer und die Bundesagentur für Arbeit in der Allianz für Aus- und Weiterbildung ein.

Die Studienorientierung gehört zum gymnasialen Selbstverständnis, während die Berufsorientierung vielen Gymnasien bis heute fremd ist. Denn in einem Schulsystem, das unterschiedliche Schulformen für unterschiedliche Bildungsabschlüsse vorsieht, folgt – so die logische Konsequenz – auf den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss auch der höchste berufsbefähigende Abschluss. Das heißt: Das Ziel nach dem Abitur ist eine akademische Laufbahn.

Warum also Berufsorientierung an Gymnasien?

Ein Grund ist die Tatsache, dass nicht alle, die in der fünften Klasse ein Gymnasium besuchen, dort auch tatsächlich das Abitur machen. Immerhin gehen rund 15 Prozent des Anfangsjahrgangs eines Gymnasiums auf dem Weg bis zur Jahrgangsstufe 10 verloren, so die Autorengruppe Bildungsberichterstattung. Etwa zwei Drittel dieser 15 Prozent verlässt das Gymnasium nach der 8. und vor der 10. Klasse. Zu diesem Zeitpunkt haben wichtige Elemente der Berufsorientierung an anderen Schulformen bereits stattgefunden.

Aber auch diejenigen, die das Abitur schaffen und ein Studium beginnen, schließen dieses nicht immer erfolgreich ab. Jeder vierte Studierende beendet das gewählte Studium vorzeitig, wie die Berechnungen des Hochschul-Informations-Systems (HIS) zeigen. Einige davon wechseln das Fach, andere jedoch entscheiden sich für eine berufliche Ausbildung.

Ausbildungsberufe für Abiturienten

Berufliche Bildung ist jedoch keine Notlösung, wenn es mit der akademischen Laufbahn nichts wird. Das Abitur ist nicht nur für ein Studium, sondern auch für einige Ausbildungsberufe zwingende Voraussetzung. Dazu gehören Berufe in der Öffentlichen Verwaltung, der Polizei, Fluglotsen oder Ausbildungen in Unternehmen, die Führungskräftenachwuchs suchen. In anderen Berufen ist das Abitur zwar formal kein Zulassungskriterium, in der Praxis werden Bewerberinnen und Bewerber mit Abitur jedoch bevorzugt. Zum Beispiel wegen der hohen Anforderungen und Dynamik in den Tätigkeiten. Das Abitur ist daher nicht nur der Schlüssel zum Studium, sondern durchaus auch zu einer erfolgreichen beruflichen Karriere.

Nicht für die Schule lernen wir

Die Frage, welcher Bildungsweg nach der Schule beschritten wird, ist für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten also nicht einfacher zu beantworten als für Absolventen anderer Schulformen. Im Gegenteil: Ihnen steht ein noch breiteres Auswahlspektrum zur Verfügung. Darauf müssen Jugendliche vorbereitet werden.

Zu den pädagogischen Zielen aller Schulformen, auch der Gymnasien, muss es daher gehören, Handlungsoptionen zu verdeutlichen und junge Menschen zu befähigen, fundierte, eigenverantwortliche Lebenswegentscheidungen treffen zu können. Dies erfordert Orientierungs-, Urteils- und Handlungsfähigkeit. Diese Kompetenzen herauszubilden muss Lern- und Lehrgegenstand in allen abschlussrelevanten Schulstufen und -formen sein.

Nach diesem Verständnis schließen sich Berufs- und Studienorientierung weder aus, noch stehen sie in Konkurrenz zueinander. Sie sind Teil derselben Medaille und müssen gemeinsam betrachtet werden.

Berufs- und Studienorientierung in den Ländern

Ein solches gemeinsames, ergebnisoffenes Verständnis von Berufs- und Studienorientierung ist noch lange nicht flächendeckend verbreitet. Doch die Zeichen deuten darauf hin, dass sich daran langsam etwas ändert.

Blick nach vorn: Berufs- und Studienorientierung sind Teil derselben Medaille und müssen gemeinsam betrachtet werden.

Im Fokus steht die Frage, wie Berufs- und Studienorientierung systemisch im jeweiligen Bundesland verankert werden können. Dabei sind alle Schulformen im Blick – auch die Gymnasien. In vielen Bundesländern ist auf der konzeptionellen Ebene schon einiges geleistet. Die Zukunft wird zeigen, wie sehr die Schulen, insbesondere die Gymnasien, diesen Vorgaben folgen.

Einen Überblick über den Stand der Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien soll eine bis 2017 laufende Studie liefern, die im Rahmen der Berufsbildungs-Forschungsinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) beauftragt wurde. Dabei soll nicht nur erhoben werden, wie sehr das Thema Berufsorientierung bereits an Gymnasien Einzug gehalten hat, sondern auch, welche Maßnahmen die Schulen einsetzen und welche Berufsorientierungskonzepte sie dabei zu Grunde legen.

Neue Konzepte für Gymnasien

Gymnasien, die bisher in erster Linie auf die primär verbal vermittelte Studienorientierung ausgerichtet waren, können bei dem Aufbau eines ganzheitlichen Berufs- und Studienorientierungskonzepts von anderen Schulformen lernen: Erfolgreiche Konzepte setzen frühzeitig an, sie kombinieren handlungsorientiertes und wissensbasiertes Lernen, stellen berufs- und studienrelevante Bezüge zum Unterricht her und beziehen außerschulische Experten mit ein.

Vor diesem Hintergrund ist jetzt auch das Berufsorientierungsprogramm des BMBF mit seiner Potenzialanalyse und den Werkstatttagen bewusst für Gymnasien geöffnet.

Allerdings werden die bisherigen Konzepte für Gymnasien nicht eins zu eins übertragbar sein. Eine ergebnisoffene, kombinierte Berufs- und Studienorientierung stellt eine andere Herausforderung dar als reine Berufs- oder Studienorientierung:

Um berufliche Bildung als gleichwertige, attraktive Alternative zu einer akademischen Bildung darstellen zu können, sind besondere Anstrengungen nötig. Denn berufliche Bildung hat bei Gymnasiastinnen bzw. Gymnasiasten und deren Eltern nach wie vor keinen hohen Stellenwert. Daher werden hier andere Berufe und Tätigkeiten im Mittelpunkt stehen müssen als in Schulen, die maximal einen Sekundarstufe I-Abschluss anbieten. Elemente handlungsorientierten Lernens müssen auf leistungsstärkere Jugendliche zugeschnitten werden.

Auch die Studienorientierung dürfte sich durch die Kombination mit Berufsorientierungsmaßnahmen verändern und mehr handlungsorientierte Elemente enthalten. Das Erkunden von Berufsfeldern bietet die Gelegenheit, das ganze Spektrum von einfachen bis hin zu komplexen Tätigkeiten zu erproben.

Wie auch immer die Berufs- und Studienorientierungskonzepte an Gymnasien im Einzelnen aussehen werden: ein Besuch im Berufs- und Informationszentrum (BIZ) der Arbeitsagentur sollte zukünftig nicht mehr der einzige Programmpunkt der Berufs- und Studienorientierung sein.

Mehr Infos

- Berufsorientierungsprogramm www.berufsorientierungsprogramm.de
- Broschüre „Ausbildung oder Studium?“ http://bit.ly/1Ni24iG
- Allianz für Aus- und Weiterbildung www.aus-und-weiterbildungsallianz.de/AAW/Redaktion/DE/Downloads/allianz-fuer-aus-und-weiterbildung.pdf?__blob=publicationFile&v=2

www.bmbf.de
www.bmas.de
www.bildungsketten.de